Breslauer Zeitung.



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 282. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 20. Juni 1873.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

56. Sitzung des Reichstages. (19. Juni.)

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Kameke, Stephan, Dr. Michaelis u. A.

Die Urlaubsgesuche der Abgg. v. Kesseler und Probst werden nicht genehmigt.

Zur dritten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Controle des Reichshaushalts für 1873 bemerkt Abg. Richter: Wenn dies Gesetz das letzte seiner Art sein soll, dann halte ich es für nothwendig, daß in der nächsten Session nicht nur ein Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches vorgelegt, sondern der Reichshaushaltsetat selbst in formeller Beziehung einer Umarbeitung unterworfen wird. Denn er ist jetzt nicht durchweg klar, mitunter zu weit specialisirt, während an andern Stellen die nöthige Specialisirung fehlt. Als ein gutes Muster wäre der Etat, der für Preußen in der letzten Session vereinbart worden ist, hingestellt werden können, obgleich ich nicht verkenne, daß in den Reichshaushaltsetat mehr principielle Fragen hineinspielen. Eine solche formelle Umarbeitung erscheint nothwendig, um die Hindernisse zu beseitigen, die dem Gesetze über den Rechnungshof noch entgegenstehen. Durch ein Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches wird das größte Hinderniß für die Errichtung eines Rechnungshofes beseitigt sein.

Hierauf wird das Gesetz definitiv genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Regelung des Reichshaushalts vom Jahre 1872, der aus dem Ueberschusse desselben Jahres 1,728,814 Thlr. dem Reichskanzler zur Bestreitung sieben verschiedener Ausgaben zur Verfügung stellt, darunter 70,000 Thlr. zur Erweiterung des provisorischen Reichstagsgebäudes, 508,000 Thlr. zu einem General-Postamtsgebäude u. s. w. Ferner soll nach § 2 dieser Vorlage die Berichtigung der Matricularbeiträge für 1872 auf Grund der Volkszählung vom 1. December 1871 durch die Feststellung der Matricularbeiträge für 1874 erfolgen.

Die Budgetcommission beantragt die in Rede stehenden Ausgaben als Zusätze zum Nachtragsetat für 1873 unter den einmaligen Ausgaben und die Gesammtsumme von 1,567,481 Thlr. (sie ist geringer, als die oben angegebene, weil für das General-Postamtsgebäude nur 346,667 Thlr. als letzte Rate bewilligt werden sollen) unter den Einnahmen als vom Ueberschuß des Jahres 1872 vorzutragen. Die Commission will ferner die Ausgaben für erledigt erklären, den Gesetzentwurf im Uebrigen aber ablehnen.

Abg. Lasker als Referent: In dem vorliegenden Gesetzentwurfe finden Sie den Vorschlag eines Correctivetats für das Jahr 1872. Nachdem die Budgetcommission die einzelnen Positionen geprüft hat, ist sie zur Meinung gekommen, daß die einzelnen Positionen im Wesentlichen den Etat von 1873 angehen. Nur die Position von 508,000 Thlr. für die Errichtung eines General-Postamtsgebäudes ist eine wirkliche Etatsüberschreitung, die dadurch veranlaßt worden ist, daß ein Theil der Summe als ein Vorgriff auf die für 1873 bewilligten Gelder verausgabt worden ist. Aus diesen Gründen hat die Commission geglaubt, daß kein Bedürfniß vorliegt, ein besonderes Etatsgesetz zu machen, sondern es genüge, diese Ausgaben, wie sie das Jahr 1873 betreffen, als Zusatz zu dem Nachtragsetat aufzunehmen.

Im § 2 wird allerdings etwas gefordert, was für das Jahr 1872 nothwendig ist, indessen hat uns in dieser Beziehung der Vertreter des Bundesraths erklärt, daß die Matricularbeiträge für 1872 durch eine Klausel, die in den Etat für 1874 aufgenommen werden wird, geregelt werden sollen. Es fällt also auch dieser Grund fort ein selbstständiges Etatsgesetz zu machen. Die Summe von 346,667 Thlr. für das General-Postamtsgebäude ist bewilligt, soweit dieselbe über das hinaus nothwendig ist, was für 1873 bereits bewilligt ist, und die Regierung wird sich damit einverstanden zu erklären haben, daß diese Etatsüberschreitung bei der Rechnungslegung für 1872 vorgebracht und geprüft wird. Deshalb hat auch die Budgetcommission sich eines Urtheils über die Summe enthalten, weil dies eine Aufgabe der Rechnungscommission sein wird. Sie findet die Motivirung dieser Mehrausgabe, daß dieselbe hauptsächlich durch Erhöhung der Arbeitslöhne hervorgerufen sei, zutreffend. Die Budgetcommission hatte keine weitere Erinnerung zu machen und beantragt deshalb, die Positionen dem Nachtragsetat für 1873 hinzuzufügen.

Präsident Delbrück: Ich für mein Theil habe gegen die von Ihrer Budget-Commission vorgeschlagene Abänderung keine Einwendung zu erheben und glaube, daß eine solche auch Seitens des Bundesraths nicht erhoben werden wird. Es wäre überhaupt nicht nothwendig gewesen, ein selbstständiges Gesetz vorzulegen, wenn nicht der § 2, der die Regelung der Matricularbeiträge betrifft, im Interesse der Vollständigkeit hätte aufgenommen werden sollen. Wenn aber die Bewilligungen in einer andern Form ausgesprochen werden, erledigt sich die Nothwendigkeit eines besonderen Gesetzes. Ich habe aber dabei noch eine Bemerkung auszusprechen, daß nämlich die dritte Lesung dieser jetzigen Vorlage erst stattfinden kann, wenn von der Rechnungs-Commission über die Ausgaben und Einnahmen von 1872 Bericht erstattet ist. In der Rechnungs-Commission wird seitens der Regierung der Antrag gestellt werden, die Beträge, die für das Postamtsgebäude über die bewilligte Summe hinaus verausgabt sind, als Etatsüberschreitung zu genehmigen. Wird dies dann auch vom Hause genehmigt, so erledigt sich das einzige materielle Bedenken, welches gegen die Behandlung der Vorlage erhoben werden konnte.

Hierauf tritt das Haus dem Antrage der Budget-Commission bei.

Ueber die Etats für die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds auf die Jahre 1873 und 1874 referirt Abg. v. Wedell-Malchow und beantragt Namens der Budget-Commission die Bewilligung der Positionen.

Abg. v. Hoverbeck: Wir haben in unserer Fraction zum Theil gegen das Invalidenfonds-Gesetz aus principiellen Gründen gestimmt. Nachdem das Gesetz nun aber einmal angenommen ist, können wir uns seinen Consequenzen nicht entziehen und werden daher für die in diesen Gesetzen geforderten Positionen stimmen. Ich will nur zu Gott wünschen, daß die Ehre des deutschen Beamtenstandes, denen durch die von diesem Hause angenommenen Bestimmungen der Anlegung des Invalidenfonds so sehr schwere Versuchungen auferlegt werden, wie bisher rein erhalten bleiben und allen Versuchungen widerstehen möge. (Heiterkeit.)

Die Positionen werden darauf bewilligt.

Letzter Gegenstand der Tages-Ordnung ist die zweite Berathung des Gesetz-Entwurfes betreffend den Antheil des ehemaligen norddeutschen Bundes an der französischen Kriegskosten-Entschädigung. Die Budget-Commission hat die Vorlage ganz und gar umgearbeitet. Zwar stimmt sie mit ihr in dem wichtigsten Punkt (Art. 1.) überein, daß 13,241,000 Thlr. aus dem dem ehemaligen norddeutschen Bunde zufallenden Antheile für militärische Bauten und Einrichtungen reservirt werden sollen, stellt aber für 1873 und 1874 nicht 1,558,000 Thlr. resp. 5,993,000 Thlr., sondern nur 1,100,000 Thlr. resp. 4,258,000 Thlr. zur Verfügung. Im Uebrigen hat sie sich bemüht, die finanzielle Seite der Vorlage klarer zu präcisiren und das Finanzrecht des Hauses besser zu wahren, wie aus dem Vortrage ihres Referenten erhellen wird.

Referent Abg. Miquel bedauert zunächst, daß der Bericht über ein so bedeutsames Finanzgesetz nicht schriftlich abgefaßt werden konnte; bei der bekannten Lage des Hauses und seiner Geschäftsthätigkeit habe man das indeß nicht für nöthig gehalten. Das vorliegende Gesetz ist die Ausführung des Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Juli 1872. Wir haben es mit der Verwendung des auf den norddeutschen Bund fallenden Antheils der Kriegscontribution zu thun. Es entfallen als Rest von der Kriegskostenentschädigung auf den norddeutschen Bund 598,391,941 Thlr., davon gehen ab die Kriegskosten mit 201,871,816 Thlr. Es bleiben somit 396,520,125 Thlr. übrig. Hiervon ist zunächst das Retablissement für die Officiere und Heereseinrichtungen zu decken, dasselbe beträgt 116,846,810 Thlr. Außerdem sollen daraus entnommen werden 13,341,000 Thlr. für rein militärische Bauten, wie sie das vorliegende Gesetz angiebt. Es wurde nun zunächst in der Commission hervorgehoben, daß viele dieser Ausgaben eigentlich dem Pauschquantum des Militäretats zur Last fallen und deshalb hier nicht nochmals bewilligt werden könnten. Man ist aber in der Commission hierüber hinweggegangen, weil die Regierung wohl nicht in der Lage sein würde, diese großen militärischen Bauten aus dem Pauschquantum zu decken, und man einstimmig darin war, die Summe für die Bauten selbst im militärischen Interesse zu billigen. Das einzige, was die Commission zu bemerken fand, war der Mangel des Nachweises darüber, daß der Segen dieser militärischen Bauten gleichmäßig über das ganze Land zerstreut sei und nicht einzelne Orte vor anderen bevorzugt seien. Was die Kasernenbauten betrifft, für welche vorläufig in diesem Entwurf 7,065,000 Thlr. verlangt werden, so war die Budgetcommission einstimmig der Ansicht, daß im Interesse vorzüglich der bürgerlichen Verhältnisse und Interessen energisch mit dem weiteren Kasernement vorgegangen werden müsse und wir empfehlen daher dem Hause dringend die Bewilligung der hier geforderten Summen.

Außer den militärischen Gesichtspunkten, die überall in erster Linie in Betracht kommen müssen, wurden in der Commission auch einige constitutionelle Fragen discutirt, über die ich kurz hinweggehen kann. Die erste war, ob die Regierung berechtigt sei, die Tilgung der Schatzanweisungen ohne Genehmigung des Reichstages vorzunehmen. Die Commission hat diese Frage bejaht. Eine zweite Frage betraf die gesetzliche Zustimmung des Reichstages zu dem Retablissement für die Officiere und Heereseinrichtungen. Auf der einen Seite der Commission wurde behauptet, das Retablissement gehöre zu den Kriegsausgaben und daher bedürfe die Regierung der Zustimmung des Reichstages nicht. Auf der andern Seite aber wurde hervorgehoben, man müsse unterscheiden zwischen den einmal bewilligten Kriegsausgaben und dem Retablissement, das gar nicht für den Krieg, sondern für die Vervollständigung des Friedenspräsenzstandes der Armee und ihrer Einrichtungen gelten kann. Es verlohnt sich aber gar nicht der Mühe, über diese constitutionelle Frage weiter zu streiten, sie hat gar keine Bedeutung, denn über die Nothwendigkeit, daß diese sämmtlichen Retablissementsgelder strikte bewilligt werden müssen, herrschte Einstimmigkeit in der Commission. Die Frage hat also practisch gar keine weitere Bedeutung. (Beifall.) Es erhob sich im Einzelnen in der Commission noch eine kurze Discussion darüber, ob einzelne Positionen, beispielsweise die Anschaffung neuer Zündnadel-Gewehre und neuer Artilleriewaffen überhaupt zu den Retablissementskosten gehören oder nicht, vielmehr zu den ordentlichen Einrichtungen der Armee, die im Heeresbudget ihre Stelle finden müssen. Indeß hat diese kleinliche Auffassung, als ob deshalb diese Positionen aus dem Retablissement auszuscheiden seien, in Ihrer Commission keinen Anklang gefunden.

Die Schilderungen, die uns der General v. Voigts-Rhetz über die Ausführung des Retablissements und die Vervollständigung der deutschen Armee in der Commission gegeben, hier im Detail zu wiederholen, halte ich für nicht angemessen; ich kann aber durch nicht umhin, wenigstens hier zu betonen, daß diese Schilderung über die Leistungsfähigkeit, Ausrüstung und Verwaltung der Armee die größte Befriedigung und Freude in der Commission hervorgerufen hat, (Bravo!) und ich spreche es hier im Namen der Budgetcommission und gewiß auch im Namen des ganzen Hauses und des Landes aus, daß das deutsche Reich sich glücklich schätzen kann, eine so energische Militärverwaltung und eine so kräftige Regierung zu haben, und daß wir der Reichsregierung dafür den größten Dank schuldig sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Discussion wendet sich nun den einzelnen Positionen (Lazarethen, Kasernen u. s. w.) zu.

Zum Bau einer Kaserne für 2 Escadrons in Neuhaus bei Paderborn hat die Vorlage 180,000 Thlr. gefordert (100,000 Thlr. für 1873 und 80,000 Thlr. für 1874). Die Commission bewilligt 100,000 Thlr. als erste Rate für 1874. Abg. Schröder (Lippstadt) sieht keinen, weder militärischen noch bürgerlichen Grund, warum die bisher in Lippstadt und Wiedenbrück vertheilten Escadrons des 8. Husarenregiments aus den Bürgerquatieren herausgenommen und in einer Kaserne zu Neuhaus conzentrirt werden sollen. Die Haide in der Umgebung beider Städte bietet den günstigsten Raum für die Uebungen, Menschen und Pferde sind gut untergebracht und auch die Cavallerie-Offiziere, mit denen die Budgetcommission in beneidenswerther Weise gesegnet ist, wissen die Bedürfnißfrage nicht besser zu beantworten.

Die militärischen Vertreter am Tische des Bundesrathes bitten um einen kleinen Aufschub, um sich aus den Acten, die im Augenblick nicht zur Hand sind, zu informiren. Die Diskussion wendet sich inzwischen anderen Positionen zu, wir schließen aber, um den Bericht über die Verhandlung, die eine überraschende Wendung nimmt, nicht zu unterbrechen, den weiteren Verlauf derselben an dieser Stelle im Zusammenhange an. Nach einiger Zeit nämlich giebt Oberst von Bonin eine sachgemäße Auskunft über die Nothwendigkeit des Casernenbaues in Neuhaus. Aber damit ist die Sache nicht abgethan.

Abg. Schröder (Lippstadt): Wenn vornhin hervorgehoben ist, daß im Interesse der Ausbildung des Regimentes der Wunsch ausgesprochen ist, daß es an einem Punkte zusammengezogen werde, so glaube ich, daß auf diesen Wunsch des Regimentscommandeurs, von dem Abgeordneter v. Schorlemer-Alst eine ganz wunderbare Geschichte im preußischen Abgeordnetenhause erzählt hat, um so weniger Gewicht zu legen ist, als er den Wünschen der Bevölkerung nicht entspricht.

Kriegsminister v. Kameke: Durchweg wird in ganz Deutschland immer gerade von den ärmeren, kleineren Städten, die die nothwendigen Mittel als Schießplätze und Exerzierplätze kaum gewähren können, um Belassung der Garnison gebeten. Wir befinden uns nun bei Lippstadt in der Nothwendigkeit, die Casernements, die nur aus Fachwerk bestehen, umbanen lassen zu müssen. Es fragt sich nun, ob es nicht praktischer ist, gleich an einem andern Orte zu bauen, um eine engere Concentration zu ermöglichen. Ich komme nun auf das, was die Person des Regimentscommandeurs betrifft; es ist mir schon lange ein Bedürfniß gewesen, den Aeußerungen des Abgeordneten von Schorlemer mit einer Erklärung der Regierung entgegenzutreten.

Der Abg. v. Schorlemer hat in Zeitnngen gesagt, er würde den Namen nur dem Kriegsminister nennen. Ich konnte mir ungefähr denken, woher es kam, und hatte mich darüber genauer informirt. Der Regiments-Commandeur wurde beschuldigt einen Unterschied zwischen katholischen und evangelischen, und zwischen bürgerlichen und adeligen Aspiranten gemacht, und für die Annahme eines bürgerlichen verschiedene Bedingungen aufgestellt zu haben. Es ist ein alter Grundsatz in der preußischen und auch in der deutschen Heeresverwaltung keinen Unterschied zwischen Katholiken und Evangelischen zu machen; wir sind einfach freie Diener des Vaterlandes und des Staates (Bravo! rechts). Ebensoweuig wird ein Unterschied zwischen dem Adel und dem Bürgerstande gemacht. Also gesetzlich besteht kein Grund, der den Regiments-Commandeur bevollmächtigte, einen derartigen Schritt zu thun. Meiner Information nach hat der Commandeur das Abiturienten-Examen verlangt von denjenigen Aspiranten, die von außen her zum Regiment kamen, wo er sich also über die Qualification nicht anderweitig orientiren konnte. Ferner habe ich mich erkundigt, wie es specifisch mit den katholischen Aspiranten gehalten worden ist; er hatte, seitdem er das Regiment commandirt, im Ganzen 9 Aspiranten aufgenommen, von denen 5 katholisch und 4 evangelisch waren. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Wenn ich Ihnen nun schließlich noch sage, daß der Commandeur ein Bürgerlicher ist, so werden Sie wohl nicht glauben, daß eine Bevorzugung des Adels stattgefunden hat. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Hoverbeck: Ich will sehr gern anerkennen, daß der Herr Kriegsminister wünscht, daß kein Unterschied mehr in Betreff der Confession und des Standes gemacht werde. Indessen die Thatsachen entsprechen diesem Wunsche noch nicht; gewisse Leute sorgen dafür, daß in gewissen Kreisen der Adel vorwaltet. Ich habe hier ein Verzeichniß von 16 Regimentern, in denen kein einziger bürgerlicher Offizier ist. (Hört! Hört! links.) Es sind dies das 1. Garde-Regiment, das Garde du Corps, das Garde-Kürassier-Regiment, das 1. und 2. Garde-Dragoner-, das 1. und 2. Garde-Ulanen- und das Garde-Husaren-Regiment; hier ist also sehr auffallend die Garde vertreten. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Die übrigen Regimenter sind alles Cavallerie-Regimenter. Das ist doch wohl kein Zufall; es kommt davon, daß die Regimenter das Wahlrecht haben. Eine Aenderung, ohne Beseitigung des Wahlrechtes wäre nur möglich, wenn der Kaiser in diese Regimenter eine größere Anzahl von bürgerlichen Offizieren hineinversetzte, die müßten aber Haare auf den Zähnen haben. Ferner finde ich in dem Verzeichniß noch 12 Regimenter, in welchen nur 1, und 9 Regimenter, in denen nur 2 bürgerliche Offiziere sind. Es können allerdings einige Fehler in der Liste sein, aber sie zeigt, daß eine vollständige Gleichstellung noch nicht vorhanden ist.

Abg. Schröder (Lippstadt): Ich bin von der Erklärung des Herrn Kriegsministers befriedigt, aber ich vermisse die strikte Erklärung, ob die Verfügung des Commandeurs wörtlich so gelautet hat, wie sie vom Abg. v. Schorlemer verlesen ist. Wenn dies der Fall wäre, so würde sich daraus ergeben, daß der früher nach paritätischen Grundsätzen handelnde Commandeur in neuerer Zeit eine Schwenkung gemacht hat, vielleicht in Folge des großen Culturkampfes, der von gewissen Seiten des Hauses in letzter Zeit inaugurirt worden ist. — Wenn der Herr Kriegsminister sagte, überall da, wo die Soldaten es schlecht haben, soll es so bleiben, so muß ich dagegen protestiren. Meinen Ansichten nach haben es die Soldaten in Lippstadt sehr gut. Die Wohnungsräumlichkeiten, wenn sie auch, wie es in Westphalen gebräuchlich ist, nur aus Fachwerk bestehen, sind ausreichend und gesund.

Abg. v. Mallinckrodt: Es schien mir, als wenn der Kriegsminister dem Abgeordneten v. Schorlemer einen Vorwurf daraus machte, daß derselbe den Namen nur dem Kriegsminister mittheilen wollte. Wenn diese Absicht nicht vorlag, war das Citat überhaupt unnöthig. Jedermann wird es würdigen, wenn ein Abgeordneter, der eine Beschwerde gegen einen abwesenden Regimentscommandeur erhebt, den Namen nur der vorgesetzten Behörde nennen will. — Wie die Grundsätze, so sollen auch die Thaten der Regierung sein. (Sehr richtig! im Centrum.) Hr. v. Hoverbeck hat schon eine Illustration zu dem Widerspruch zwischen den Thaten und Grundsätzen der Regierung gegeben. Im vollen Widerspruch steht auch die Handlungsweise des Commandeurs des 8. Husaren-Regiments in Betreff der Confessionen. In dem Briefe heißt es: „Verhältnisse, deren gänzliche Auseinandersetzung mich jedoch zu weit führen würde, zwingen mich jedoch bei Annahme eines bürgerlichen Avantageur folgende zwei Bedingungen zu stellen. Abgesehen davon, daß er aus einer wirklich angesehenen Familie sein muß, sind dieselben, daß er das Abiturientenexamen bestanden hat, und zweitens, daß derselbe der evangelischen oder lutherischen Religion angehört." Offenbar steht das im direktesten Widerspruch mit dem eben ausgesprochenen Principe. Will nun der Hr. Kriegsminister seinen Grundsätzen consequent bleiben, dann ist es nothwendig, daß er das Verhalten des Regimentscommandeurs entschieden desavouirt; ein solches Desaveu lag aber nicht in seiner Aeußerung (Sehr richtig! im Centrum), sondern er suchte denselben sogar zu decken. Das habe ich meinerseits als erschwerend hervorzuheben.

Kriegsminister v. Kameke: Ich habe dem Abg. v. Schorlemer durchaus keinen Vorwurf machen wollen, daß er nur dem Kriegsminister den Namen nennen wollte. Was den eben verlesenen Brief betrifft, der mir gar nicht in die Hände gekommen ist, so ist derselbe keine amtliche Verfügung, sondern ein Privatbrief (Heiterkeit und Lärm) an einen ehemaligen Cameraden. Die Aeußerungen in demselben stehen allerdings im Widerspruch mit den Grundsätzen. Ich wollte ihn keineswegs decken. Was etwa an Rectificationen nöthig ist, überlassen sie der Disciplin des Heeres. Wenn dieser Privatbrief in meine Hände gekommen wäre, hätte ich möglicherweise Gelegenheit gehabt mich deutlicher auszudrücken.

Abg. v. Helldorf: Daß von den 196 Regimentern 16 allein adlige Offiziere haben, ist gar nicht so bewundernswerth, wenn man bedenkt, daß unser Adel überhaupt in größerer Zahl in der Armee dient. Es fehlt durchaus nicht an der Gleichstellung, sondern sehr wenige Bürgerliche haben Lust in den Cavallerie-Regimentern ihre Vermögensverhältnisse zu ruiniren. Der Dienst in diesen Regimentern ist geradezu ein Opfer, das dem Staate gebracht wird. Ich hoffe, wir sind in dem Gefühl der Anerkennung für die Familien, deren Mitglieder in jeder Generation auf den Schlachtfeldern geblutet haben.

Abg. v. Hoverbeck: Ich habe keineswegs den Adel beleidigen wollen, um so weniger, als ich selbst dazu gehöre. Aber es ziemt sich, daß gerade Jemand, der dem Adelstande angehört, eine ungerechte Bevorzugung zur Sprache bringt. Das Fehlen von bürgerlichen Offizieren in der Garde ist nicht daraus zu erklären, daß nur reiche Leute dort dienen können, denn die reichsten Leute sind nicht immer adlig; sondern der verarmte Adel meldet sich in so großer Zahl, weil er seine Söhne schnell zu einer selbstständigen Stellung bringen kann ohne große Kosten seinerseits. Es fällt mir auf, daß, wenn die Garde so sehr viel reiche Offiziere hat, sie dann noch besondere Unterstützung erhält. Ueberhaupt wäre es nachgerade Zeit, einen Unterschied von Garde und Linie vollständig aufzuheben.

Abg. Graf Wintzingerode: Die jetzige Debatte haben wir in ähnlicher Weise bei der Berathung über die Erweiterung der Cadettenanstalt gehabt, wo sich der Abgeordnete v. Hoverbeck gegen das Abschließen der Cadetten von der Außenwelt wandte. Das ist in meinen Augen ein Vortheil, es bildet einen gewissen esprit de corps, eine gute Cameradschaft heraus. Zur Aufrechthaltung derselben dient auch das Wahlrecht der Regimenter. Wenn mit dem ersten Aneinander-Anschließen zugleich ein Abschließen nach Außen verbunden ist, so ist das allerdings ein Uebelstand. Es ist aber nicht zu rathen, das Gute mit dem Tadelnswerthen gleichzeitig zu beseitigen. Diese Gefahr ist möglich, wenn nach dem Vorschlage des Abg. v. Hoverbeck das Wahlrecht illusorisch gemacht würde. Eine Remedur wird durch den Gang der Verhältnisse herbeigeführt; die Dinge sind unhaltbar und verlieren sich von selbst, ohne daß wir nöthig haben, große Reden darüber zu halten.

Abg. Graf Ballestrem: Der Kriegsminister hat gesagt, daß die hier verlesenen Worte einem Privatschreiben entnommen waren. Das ist richtig, der betreffende Regimentscommandeur hat allerdings keinen Regimentsbefehl, kein Circularschreiben an seine Escadronschefs erlassen; aber es war ein geschäftliches Schreiben an einen alten Cameraden, der einen Aspiranten anmeldete. Ich weiß, daß im Offiziercorps ein Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten nicht gemacht wird. Ich war lange der einzige Katholik unter den Offizieren meines Regiments und begegnete überall der höchsten Achtung vor meinem religiösen Bekenntniß.

Abg. v. Hoverbeck: Ich freue mich, daß der Graf Wintzingerode den Zustand als einen unhaltbaren bezeichnet hat. Ich will aber die Kameradschaft anders haben. Sie sollen neben einander stehen, ganz gleich, ob bürgerlich oder adelig. Dieser Punkt ist noch ein Schaden in der Armee, weil er den Militärbeamten ein Privilegium vor den übrigen Beamten des Reiches giebt.

Die Position von 100,000 Thlr. für den Kasernenbau in Neuhaus wird mit sehr großer Majorität bewilligt.

Zu Tit. C. (Bau von Lazarethen), welcher für den Erwerb von Bauplätzen zu Kriegslazarethen in Glogau, Küstrin, Ehrenbreitstein und Köln im Ganzen 175,000 Thlr. fordert, beantragen v. Wedell-Malchow und Friedenthal folgende Position hinzuzufügen: „Zur Erwerbung eines Bauplatzes für ein zweites Garnisonlazareth bei Berlin und für Feststellung von Plänen und Anschlägen 84,000 Thlr." Abg. v. Wedell führt aus, daß die Vorlage der Regierung 1,084,000 Thlr. für Einrichtung eines Musterlazareths, das zugleich als zweites Garnisonlazareth dienen solle, gefordert habe. Die Commission habe die Forderung gestrichen, weil gar keine Pläne und wissenschaftliche Gutachten, die ja bei einem Musterlazareth in erster Reihe in Betracht kämen, vorgelegen hätten. Nun seien aber die Salubritätsverhältnisse in der Berliner Garnison derart, daß der Bau eines neuen Lazareths absolut nothwendig sei und sein Antrag bezwecke deshalb, unter Verzichtleistung auf die wünschenswerthe Einrichtung einer Musteranstalt, für das unerläßlich Nothwendige zu sorgen.

Bundesbevollmächtigter General v. Voigts-Rhetz bittet den Antrag anzunehmen. Leider habe sich die Budgetcommission durch den Ausdruck „Muster-Anstalt" veranlaßt gesehen, erst die Vorlegung von Bauplänen und Gutachten zu verlangen und dadurch die Inangriffnahme des Baues auf ein oder zwei Jahre verschoben. Ein solcher Aufschub würde aber die beklagenswerthesten Folgen nach sich ziehen, wie er dem Hause aus dem thatsächlichen Material, das er sich inzwischen verschafft habe, nachweisen zu können hoffe. Die Lazarethverhältnisse der Berliner Garnison seien traurigster Natur. Das Lazareth für das Regiment Franz befinde sich auf einem Hofe, ringsum von hohen Hintergebäuden umgeben, in sehr baufälligem Zustande. Das Lazareth für das Regiment Alexander liege dicht am Königsgraben, demselben Graben, dessen mephitische Ausdünstungen die Verlegung der Cadettenanstalt nach Lichterfelde nothwendig gemacht hätten. Das Gebäude sei sehr alt und nur nothdürftig durch jährlich wiederholte Reparaturen im Stande gehalten. Ein drittes Lazareth sei auf einem Kasernenhofe gelegen, auf dem täglich exerzirt werde; die Höhe der Zimmer in demselben betragen

nur 9 Fuß. In dem Lazareth für die Cavallerie-Regimenter sei gar kein größerer Raum, kein Hof, kein Garten, in welchem sich die Reconvalescenten ergehen könnten. In sämmtlichen Lazarethen hätte jeder Kranke nur 600 Cubikfuß Raum, während die Wissenschaft für jeden 1200 verlange. Wenn das Haus die 84,000 Thlr. unter denselben Modalitäten wie die Gelder für die Lazarethe in Glogau, Cüstrin u. s. w. bewillige, so verkürze es einen unerträglichen Nothstand um einem oder zwei Jahre. Die Militärverwaltung habe schon einen Bauplatz im Auge, den der Reichstag ihm erlassen werde näher zu bezeichnen, da sich sonst die Speculation seiner bemächtigen und die Preise beträchtlich in die Höhe treiben würde. (Beifall.)

Abg. v. Hoverbeck erinnert an das alte Wort: Lapotit vient en mangeant. Nachdem die Budget-Commission die Kosten für die vier anderen Lazarethe ohne gleichzeitige Vorlegung von Bauplänen genehmigt habe, verlange die Reichsregierung eine gleiche Connivenz für eine so eminent theure und wichtige Neuanlage. Das sei nicht möglich ohne einen klaren und übersichtlichen Kosten-Anschlag; sobald wie man doch aus aller Erfahrung wissen, daß, wenn erst die erste Rate bewilligt sei, der Rest auch unweigerlich bewilligt werde. Die Umstände, welche Herr v. Wedell an dem Project vorgenommen habe, sei dagegen kein Hinderniß. Für ihn speciell sei noch die Erwägung maßgebend, daß diese Ausgabe eigentlich aus dem Pauschquantum bestritten werden müsse.

Bundesbevollmächtigter General v. Voigts-Rhetz erwidert, daß durch Annahme des Antrags von Wedell der Frage, ob eine Muster-Anstalt oder ein einfaches Garnison-Lazareth zu bauen sei, in keiner Weise präjudicirt werde. Darüber behalte der Reichstag die ungeschmälerte Entscheidung in der Hand. Alle sonstigen Erwägungen des Vorredners würden hinfällig durch den Hinweis auf den unerträglichen Nothstand.

Abg. Friedenthal glaubt, daß nach den Auseinandersetzungen des Bundesbevollmächtigten die Mehrheit des Hauses den Antrag annehmen wird. Das Mißtrauen von Hoverbeck's in den Reichstag, als ob derselbe nicht erforderlichen Falls im Stande sein werde, Bewilligungen inne zu halten, sei durch die Erfahrung nicht gerechtfertigt.

Abg. Lasker hat in der Commission zu der Mehrheit gehört, welche die Forderung der Regierungsvorlage nicht eher habe bewilligen wollen, bis ausführliche Pläne vorgelegt seien. Ein vorläufiger Kostenanschlag für die projectirte Anstalt habe ergeben, daß auf jeden Kranken 2—3000 Thlr. Kosten kommen würden und eine so kostspielige Bewilligung habe er nicht ohne festen Boden unter den Füßen machen wollen. Er habe aber damals noch nicht das thatsächliche Material gekannt, welches heute vom Tisch des Bundesraths geliefert sei und mit dem Vorbehalt, daß die Frage, ob gewöhnliches oder Musterlazareth, völlig offen bleiben und nicht eher entschieden werde, bis ausführliche Pläne beigebracht seien, werde er die Summe bewilligen, welche den Platz und die Vorarbeiten für ein durchaus nothwendiges Lazareth beschaffen solle.

Abg. v. Hoverbeck ersieht aus dieser Rede, wie genügsam man sein kann (Heiterkeit). Er seinerseits sei in Finanzangelegenheiten, deren Folgen unabsehbar seien, vorsichtiger. Der Reichstag habe gar keine Ahnung, wie theuer dieser Bau werden könne; das allerwenigste, was man von der Militärverwaltung verlangen müsse, sei wenigstens ein ungefährer Kostenanschlag.

Abg. Lasker hält es für seine Pflicht, daß auch nur bloßer formaler Consequenz an einem in der Commission abgegebenen Votum festzuhalten, wenn sich die Umstände völlig verändert haben, unter denen es abgegeben worden ist, und wenn im Plenum Thatsachen constatirt werden, die der Commission nicht bekannt waren. Unter solchen Umständen ist es nicht wohlgethan, seinen fortdauernden Widerspruch durch das überflüssige Aufwerfen von Fragen nach Kosten und Projecten zu begründen, Fragen, die im Moment gar nicht beantwortet werden können. Wenn Herr v. Hoverbeck weniger „genügsam" sein wolle, so hätte er auch nicht die Forderungen für die vier anderen Lazarethe bewilligen dürfen. (Abg. Richter: Sehr richtig!) Die Schilderung der unerträglichen Lazarethzustände der Berliner Garnison sei nicht widerlegt und selbst nicht bestritten worden, es sei also nothwendig, für eine Abhilfe einzutreten. Er übernehme die volle Verantwortlichkeit für seine Abstimmung vor der von dem Vorredner angerufenen öffentlichen Meinung.

Abg. v. Hoverbeck scheut vor dieser Verantwortlichkeit auch seinerseits nicht zurück, hat aber die Entscheidung der öffentlichen Meinung gar nicht angerufen.

Damit schließt die Debatte, der Antrag v. Wedell wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und des Centrums angenommen.

Der Ueberschlag der Retablissementskosten, welche für die Wiederherstellung der vollen Kriegsbereitschaft der Contingente des ehemaligen norddeutschen Bundes und Südhessens und die damit verbundenen Bauten und Beschaffungen im Ganzen 106,846,810 Thlr. erfordern, enthält unter Nr. 8 zahlreiche Positionen für Artillerie und Waffenwesen, von denen Abg. Hoelder behauptet, daß sie über den eigentlichen Zweck des Retablissements hinausgehen, zugleich Ausgaben für die Neubewaffnung der Armee enthielten. Von jenen allerdings seien Würtemberg und Baiern ihren Militair-Conventionen zufolge auf eigene Retablissementsausgaben hingewiesen. Soweit aber diese Summe über den ursprünglichen Zweck des Retablissements hinausgehe, hätten die süddeutschen Staaten einen Antheil zu beanspruchen. Redner will jedoch von der Stellung eines Antrags absehen, weil er erstlich außer Stande ist, den Betrag der über die Retablissementskosten hinausgehenden Summe genau anzugeben, und es ferner für die Sache der würtembergischen Regierung hält, die Rechte jenes Landes in dieser Frage wahrzunehmen und zu einer billigen Verständigung zu gelangen.

Präsident Delbrück erwidert, daß, während Baden und Südhessen durch ihre Militär-Conventionen den auf sie entfallenden Theil der Retablissementsgelder dem norddeutschen Bunde zur Disposition gestellt hätten und daher auch an den in Rede stehenden Geldern participirten, gerade Würtemberg in seiner Convention sich das Gegentheil ausbedungen und daher die betreffenden Ausgaben auf seinen eigenen Militäretat zu stellen habe.

Abg. Schmid (Würtemberg) erwartet, daß die würtembergische Regierung einer etwaigen Verkürzung ihrer Einnahmen thunlichst vorbeugen werde.

Der letzte (3.) Artikel des Gesetzes bestimmt über die Vertheilung an die Einzelstaaten: Aus dem nach Artikel VI. des Gesetzes, betreffend die französische Kriegskosten-Entschädigung vom 8. Juli 1872, dem ehemaligen norddeutschen Bunde zufallenden Antheile ist zunächst der Betrag von 50 Mill. Thalern an die Bundesstaaten nach dem Maßstabe zu vertheilen, welcher in dem durch das Gesetz vom 13. Juni 1869 festgestellten Haushalts-Etat des norddeutschen Bundes für das Jahr 1870 der Vertheilung der Matrikularbeiträge zu Grunde gelegt ist. Bei einer stattfindenden weiteren Vertheilung, zu welcher der Bundesrath ermächtigt wird, kommt gleichfalls der im Vorstehenden festgestellte Vertheilungs-Maßstab zur Anwendung.

Abg. Richter: Der Maßstab der Vertheilung ist ein anderer zwischen den einzelnen Staaten Norddeutschlands als zwischen Nord- und Süddeutschland. Anfangs sollte ¼ nach dem Verhältnisse der Bevölkerung und ¾ nach der Stärke der Contingente zur Vertheilung kommen, nunmehr wird Alles nach dem Verhältnisse der Bevölkerungsziffer vertheilt. Ich will mich dem nicht widersetzen, aber zugleich hervorheben, daß der so angenommene Vertheilungsmaßstab für die kleineren Staaten erheblich günstiger ist, und daß diese daher die Verpflichtung haben, auf gemeinschädliche Institutionen, aus denen sie direct Vortheil ziehen, so z. B. auf den starken Papiergeld-Umlauf ohne Entschädigung zu verzichten. (Zustimmung.)

So hatte Preußen ein Contingent von 885,000 Mann im Felde; nach dem Verhältniß seiner Bevölkerung hätte Sachsen 80,000 Mann stellen müssen, thatsächlich hat es aber nur 61,000 Mann gestellt, noch günstiger stellt sich die Sache für Mecklenburg, welches statt den seiner Bevölkerung entsprechenden 22,000 Mann nur 11,800 Mann gestellt hat. (Hört!) Für diesen Vertheidigungs-Modus wird als Motiv angeführt, daß Norddeutschland den Krieg als ein Staat geführt hat, welches seinen Antheil an der Kriegsentschädigung auf den Etat als außerordentliche Einnahme zu setzen und nach dessen Vertheilung an den gegebenen Verhältnisse erfolgen müßte, und da die Matricularbeiträge nach der Kopfstärke der Bevölkerung ausgeschrieben würden. Das ist aber nur zutreffend, so weit sich der Betrag der Matricularbeiträge mit dem der Entschädigung deckt. Um so mehr rechne ich, wie gesagt, auf die Geneigtheit der Kleinstaaten zur Regelung der Papiergeldfrage, sowie zur Beseitigung der Lotterie. Jetzt gerade, wo uns noch die französischen Milliarden zufließen, ist der geeignete Moment zur Beseitigung dieser schädlichen Institution und ich erwarte mit Bestimmtheit, daß der Reichskanzler schon in der nächsten Session den betreffenden Gesetzentwurf einbringen wird. Mit der Regelung der Papiergeldfrage können wir nicht so lange warten, wir müssen sie ganz bestimmt noch in dieser Session lösen, und ich bin dafür, daß wir die Summe nicht eher an die Einzelstaaten bewilligen, als bis wir hierüber Gewißheit haben. Ich beantrage daher die dritte Lesung dieses, sowie des 1½-Milliarden-Gesetzes nicht vor der Erledigung des Papiergeld-Entwurfes vorzunehmen. (Zustimmung.)

Auf eine Anfrage des Abg. von Rabenau bemerkt Präsident Delbrück, daß an die süddeutschen Staaten bereits ein Theil der Kriegs-Entschädigung zur Vertheilung gelangt sei, an die Mitglieder des ehemaligen norddeutschen Bundes indessen noch nichts.

Abg. Richter: Bestätigt es sich, daß ein Gesetz-Entwurf vorbereitet wird, welcher die Entschädigung für die besondern Kriegslasten der Rheinprovinz aus den Geldern der Kriegsentschädigung bezweckt?

Präsident Delbrück erwidert, ein solcher Entwurf werde im Bundesrathe vorbereitet, käme aber natürlich in dieser Session nicht in das Haus.

Referent Miquel constatirt im Einverständniß mit den Ausführungen Richters, daß die Kleinstaaten durch den ihr proponirten Vertheilungsmodus ungleich günstiger als Preußen gestellt würden, um so weniger sollten ihre Vertreter sich zu solch kleinlichen Beschwerden hinreißen lassen, wie sie noch von zwei würtembergischen Deputirten gehört worden seien. (Zustimmung.)

Art. 3 wird hierauf angenommen, womit die zweite Lesung beendigt ist. Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: 1) dritte Berathung des Art. 1 und 2 der heute zuletzt berathenen Vorlage, 2) Vertrag mit Persien, 3) erste und zweite Berathung der Vorlage, betreffend den Zolltarif. In Bezug auf den letzteren Gegenstand bemerkt Graf Luxburg, daß nach der Geschäftsordnung eine zur Berathung gelangende Vorlage drei Tage vorher gedruckt und in die Hände der Mitglieder gelangt sein müsse. Das treffe aber auf die Zolltarifsvorlage nicht genau zu, denn er z. B. habe sie erst nach Mitternacht vorgefunden. Präsident Simson bemerkt darauf, daß die Vorschrift der Geschäftsordnung darum nicht für unerfüllt gelten darf, weil ein verehrtes Mitglied erst nach 12 Uhr Nachts nach Hause kommt. (Heiterkeit.) 4) Zweite Berathung des Servisgesetzes.

Berlin, 19. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat für nachbenannte Gemeinden im Bezirk Ober-Elsaß folgende Personen zu Bürgermeistern beziehungsweise Beigeordneten ernannt: für die Gemeinde Sulz: zum Bürgermeister den bisherigen ersten Beigeordneten Anton Wöttly, zum ersten Beigeordneten den Gemeinderath Karl Wittmer daselbst, zum zweiten Beigeordneten den Gemeinderath Moritz Voegele daselbst; für die Gemeinde Markirch: zum ersten Beigeordneten den Gemeinderath Karl Kroeber daselbst, zum zweiten Beigeordneten den Gemeinderath Leo Baumgarten daselbst, zum dritten Beigeordneten den Gemeinderath Franz Heß daselbst; für die Gemeinde Dammerkirch: zum Bürgermeister den bisherigen Beigeordneten Johann Theobald Riß, zum Beigeordneten den Gemeinderath Georg Noblot daselbst; für die Gemeinde Thann: zum Bürgermeister den Gemeinderath Johann Sonntag-Mathebs daselbst, zum ersten Beigeordneten den Gemeinderath Aloys Müller-Gschwind daselbst, zum zweiten Beigeordneten den Gemeinderath Heinrich Faller daselbst; für die Gemeinde Hüningen: zum Bürgermeister den bisherigen Beigeordneten Jakob Dinger.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor v. Brockhausen zum Landrathe des Kreises Franzburg; und den Regierungs-Assessor v. Haugwitz zum Landrathe des Kreises Löwenberg ernannt; dem Rechnungsrathe Pank im Ministerium des Innern den Charakter als Geheimer Rechnungsrath; dem Sanitätsrath Dr. Moritz Meyer zu Berlin den Charakter als Geheimer Sanitätsrath; und dem Wagen-Lackirer Friedrich Michelsen zu Potsdam das Prädikat eines Königlichen Hof-Wagen-Lackirers verliehen.

Berlin, 19. Juni. [Vom Hofe.] Zu dem gestrigen Diner auf Schloß Babelsberg waren die Kaiserlichen Botschafter von Oesterreich-Ungarn und Rußland geladen. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 19. Juni. [Die Papiergeldfrage. — Mittheilungen über den Preßgesetzentwurf. — Schluß des Reichstags. — Verkauf.] Auch heute ist in der Reichspapiergeldfrage keine Entscheidung getroffen, da wegen dienstlicher Behinderung hervorragender Mitglieder des Bundesrathes eine Plenarsitzung des letzteren nicht stattfinden konnte. Inzwischen wird innerhalb des Bundesrathes, wie des Reichstages verhandelt, um womöglich Verlegenheiten bezüglich des Zustandekommens des Münzgesetzes zu vermeiden, welches ja bis zum letzten Paragraphen (§ 18) durchberathen ist. Es verlautet, daß auch zwischen der preuß. Finanzverwaltung und der Reichsregierung noch Meinungsverschiedenheiten über den Ausgleichungsmodus bei der Herauszahlung an die Einzelstaaten zu vereinigen wären. Eine Majoristrung der Minorität im Bundesrathe, welche in diesem Falle nicht schwer wäre, scheint man unter keinen Umständen zu wollen. Die Entscheidung ist jedenfalls vor Ablauf der Woche zu erwarten. Inzwischen bereitet sich aus dem Schooße des Reichstages ein Antrag vor, welcher darauf gerichtet ist, denjenigen Bundesstaaten, welche durch die Einziehung des Papiergeldes Opfer zu bringen haben, nicht allzu schwere Nachtheile zu Gunsten der besser situirten Staaten erwachsen zu lassen. — Die Berathungen im Justizausschuß des Bundesrathes über das Preßgesetz sind immer noch nicht weiter gediehen. Inzwischen hört man, daß die Mittheilung eines preußischen Provinzialblattes, wonach die Preuß. Regierung eine Verschärfung der Bestimmungen beantragt hat, sich als völlig unrichtig erweist, wohl aber bestätigt sich unsere frühere Mittheilung von den greifbaren Abmilderungen, welche der Entwurf durch den Widerspruch der baierischen Vertreter in dem bislang debattirten Theil (bis § 10) erfahren hat. Bei dieser Gelegenheit ist, im gegenwärtigen Moment vielleicht doppelt, eine Mittheilung über die Entstehung des ominösen Entwurfes am Platze, welche von bestunterrichteter Seite verbreitet worden, Fürst Bismarck hatte thatsächlich einen eigenen Preßgesetzentwurf beabsichtigt, sah sich aber veranlaßt, darauf zu verzichten, während die preußische Regierung den jetzt vorliegenden Entwurf an den Bundesrath brachte. Fürst Bismarck hat, so versichern ihm nahe stehende Personen, an den bezüglichen Berathungen der preußischen Regierung nicht theilgenommen, auch nicht — und darin documentirt sich allerdings seine Stellung zu dem Entwurf — den preußischen Antrag als Reichskanzler, sondern in seiner Eigenschaft als preußischer Minister des Auswärtigen eingebracht. Nicht uninteressant ist übrigens die auch anderweit bekannte Thatsache, daß im Justizausschuß des Bundesrathes nur der eine der preußischen Commissare mit voller Wärme für den Entwurf eintritt, während der Andere, freilich ein berühmter Jurist, sich den gerechtfertigten Einwendungen der Opponenten, die sich namentlich auf den juristischen Standpunkt stellen, angeschlossen haben soll. Allem Anscheine nach wird die ganze Angelegenheit vorläufig mindestens in den Hintergrund treten. Inzwischen werden an die Vorgänge in der Reichstagssitzung vom letzten Montag die seltsamsten Gerüchte geknüpft, welche sogar dahin sich versteigen, zu verbreiten, der Reichskanzler gehe damit um, seinen Abschied zu fordern, eine Nachricht, die um so weniger glaubhaft erscheinen kann, als, abgesehen vom Centrum und dem kleinen frondirenden Theil der äußersten Rechten, alle Parteien —, soweit von solchen im äußeren parlamentarischen Leben die Rede ist — zu dem Kanzler stehen und zur Verständigung mit ihm in den streitigen Fragen nach wie vor bereit sind. — Der Stand der auf das Budget bezüglichen Arbeiten berechtigt zu der Erwartung, daß der Reichstag immerhin am 27. d. Mts. geschlossen werden kann, entgegenstehende Gerüchte von einer Sommersession, von einer um jeden Preis vorzunehmenden Berathung des Militärgesetzes verdienen wohl keiner Beachtung. Dagegen sei bei dieser Angelegenheit bemerkt, daß, wie weit auch die Session vorgeschritten ist, noch eine sehr dringende Angelegenheit, der Entschädigung der Gemeinden für Kriegsleistungen betreffend, zur Erledigung kommen möchte. — In der Budgetcommission wurde heute bei Gelegenheit des Militär-Etats eine Resolution beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, eine jährliche Vorlegung des baierischen Militär-Etats zu bewirken. Die bairischen Reichscommissare erklärten sich dagegen und wollten darin eine nach den baierischen Reservatrechten nicht zuläßige Controle erblicken. — In der Petitionscommission des Reichstages hat man bekanntlich die Ueberweisung einer Petition gegen Behelligung von Postbeamten durch die vorgesetzte Behörde wegen Abonnements auf eine Zeitung an den Reichskanzler beschlossen. Wie man hört, beabsichtigt die Fortschrittspartei, diese Angelegenheit zum Gegenstande einer Interpellation zu machen. — Der preußische Ministerpräsident Feldmarschall Graf Roon hat sein Gut Gütergetz bei Potsdam an den Geheimen Commercienrath v. Bleichröder dem Vernehmen nach für die Summe von 400,000 Thlr. verkauft.

* [Central-Landschaft für die Preußischen Staaten.] Der „Staats-Anz." veröffentlicht das vom Könige genehmigte Statut der „Central-Landschaft." Derselben gehören folgende landschaftliche Credit-Institute an: a. die Ostpreußische Landschaft, b. die Westpreußische Landschaft, c. die neue Westpreußische Landschaft, d. das ritterschaftliche Credit-Institut für die Kur- und Neumark Brandenburg, e. das neue Brandenburgische Credit-Institut, f. die Pommersche Landschaft, g. der Pommersche Land-Credit-Verband, h. das Credit-Institut für die Ober- und Nieder-Lausitz, und i. der landschaftliche Credit-Verband der Provinz Sachsen.

[Verurtheilung.] Der verantwortliche Redacteur des „Neuen Sozial-Demokrat", A. Kapell, wurde gestern vom Kammergericht wegen eines der Majestätsbeleidigung inkriminirten Artikels genannten Blattes, nachdem er vom Stadtgericht in erster Instanz freigesprochen, auf Appellation des Staatsanwalts zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Königsberg, 18. Juni. [Strikes und Revolten.] Die strikenden Maurergesellen haben am Montag die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, vielmehr naiver Weise bei den Meistern angefragt, ob diese sich nun endlich entschlossen hätten, auf die proponirten Bedingungen einzugehen. Die Meister ertheilten kurzen abschläglichen Bescheid und es wird nun weiter gestriket. — Die Maschinenbauer haben beschlossen, nicht zu striken und werden die Arbeit fortsetzen. — In die letzte Versammlung der hiesigen Ortsvereine kamen auch circa 25 Socialdemokraten, darunter der gefeierte Herr Eckstein, welcher Letztere von einem der Mitglieder in einer Rede hart angegriffen wurde. Die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder der Ortsvereine erklärten schließlich, daß ihre Wege mit denen der Socialdemokraten ganz auseinandergehen, worauf Hr. Eckstein und seine Gesinnungsgenossen betrübt von dannen gingen. — Der Revolte in Brüsterort war eine Strikeversammlung im Kruge zu Gr. Dirschkeim — etwa ⅛ Meile entfernt — am Sonntag Vormittage vorausgegangen. Nachmittags ging dann das Demoliren von Sachen und Gebäuden los. Montag Nachmittags nach 4 Uhr rückte die Compagnie Soldaten mit Landrath Kuhn aus Fischhausen ein. Der Sturm hatte sich bereits gelegt. Dreizehn der Rädelsführer wurden sofort verhaftet. — Auch in Wangnicken, ca. 1 Meile von Büsterort entfernt, ist unter den Torfstechern ein Tumult ausgebrochen, bei welchem ein Aufseher durch Messerstiche verwundet worden ist; 6 der Rädelsführer sind verhaftet, die Ruhe hergestellt.

Frankfurt a. M., 19. Juni. [Der Kronprinz] des deutschen Reiches und von Preußen ist gestern Abend 8 Uhr von Darmstadt hier eingetroffen und hat im Russischen Hofe Wohnung genommen. Derselbe hält heute eine Truppenbesichtigung ab und setzte dann seine Reise nach Mainz fort.

München, 18. Juni. [Der König] hat in Folge der Einführung des deutschen Militärstrafgesetzes in Baiern 97 noch nach den baierischen Militärstrafgesetzen Verurtheilte theils begnadigt, theils die Strafzeit derselben abgekürzt.

Regensburg, 16. Juni. [Folgen einer Marschübung.] Ein bedauerliches Vorkommniß macht in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung ungewöhnliches Aufsehen. Am 5. d. machte das 1. Bataillon des hiesigen Infanterie-Regimentes unter der Führung des Hrn. Oberstlieutenants von Bäumen eine Marschübung; es waren 3 Compagnien mit etwas über 170 M. Ausmarschirt wurde in voller Feldausrüstung Morgens 6 Uhr, eingerückt 11½ Uhr Mittags; innerhalb dieser 5½ Stunden wurde eine Strecke von 4 deutschen Meilen zurückgelegt und zwar auf theilweise bergigem Terrain, staubiger Poststraße und schmalen Feldwegen. Die Hitze war groß, das Thermometer zeigte bis zu 23° R. Das Resultat dieser Uebung kann sich dem Ergebnisse so manchen Gefechtes, welches das tapfere Regiment im letzten Kriege zu bestehen hatte, an die Seite stellen: auf dem Rückwege mußten schon vor der Stadt 15 Mann Reih und Glied verlassen, in der Stadt wurden 3 Mann ohnmächtig und wurden in das Lazareth gebracht; unter diesen starb ein Mann Nachmittags 4 Uhr am „Hitzschlag". Er war der Sohn eines wohlhabenden Bauern in Oberköllnbach, seine Leiche wurde in seine Heimath verbracht. Im Ganzen wurden 26 Mann ins Lazareth aufgenommen und gegen 50 Mann „revierkrank". Von den Offizieren erkrankte Niemand; sie waren sämmtlich (?) beritten. (N. N.)

Baden, 16. Juni. [Zum ersten badischen Städtetag,] der gestern hier zusammentrat, waren gestern 70 städtische Vertreter erschienen. Zum Vorsitzenden wurde Oberbürgermeister Moll von Mannheim, zu dessen Stellvertreter Oberbürgermeister Lauter von Karlsruhe ernannt. In zwei Sitzungen wurden gestern nach lebhaften Debatten die Anträge des Ausschusses bezüglich der Einwohner-Gemeinde und der Gemeindebesteuerung, bezüglich der Organisation der Gemeinde-Vertretung die neuerdings eingebrachten Vorschläge der Stadt Mannheim mit gewissen Abänderungen angenommen. Heute hingegen wurde der Antrag der Ausschuß-Mehrheit auf Ueberwälzung der Hypotheken-Buchführung von den Gemeinden auf den Staat verworfen, der Antrag der Minderheit auf facultative Errichtung eines besonderen Gewähr- und Pfand-Gerichts in Städten von über 4000 Seelen mit sehr zweifelhaftem Stimmen-Uebergewicht angenommen. Die Versamlung erklärte sich nach längerer Debatte für Beseitigung des obligatorischen Religions-Unterrichts in den Schulen. Der Antrag auf Abschaffung der Kreisverfassung wurde verworfen, der auf ihre Reform angenommen. Die übrigen Gegenstände wurden nach den Ausschußanträgen erledigt. Ein heiteres Festmahl schloß die Zusammenkunft. Der nächste Städtetag soll in Freiburg sein.

Aus Elsaß-Lothringen, 16. Juni. [Das telegraphisch signalisirte Schreiben des Hrn. Imlin] an den Bürgermeisterei-Verwalter Back, datirt Baden, den 14. Juni 1873, lautet folgendermaßen:

Geehrtester Herr! Nachdem ich seit dem Anfang des Monats April von einer schweren und langwierigen Krankheit heimgesucht worden bin, und mich seit vier Wochen zur Reconvalescenz hier befinde, erfahre ich nicht ohne Erstaunen, daß von verschiedenen Seiten die Meinung ausgesprochen wird, als hätte ich bis jetzt meine Stellung als Adjunct behalten.

Es ist Ihnen keineswegs unbekannt, daß der Maire seine Adjuncten, seinen persönlichen Sympathien gemäß, selbst wählt, und die Municipalverwaltung nur in Folge einer freiwilligen und gegenseitigen Uebereinkunft zwischen den Maire und den durch ihn um ihre Mithülfe aufgeforderten Mitgliedern des Municipalrathes constituirt wird. Die Adjuncten stehen demnach in persönlicher Gemeinschaft mit dem Maire, und man kann nicht umhin das Princip anzunehmen, daß die Entsetzung unseres ehrenwerthen Mitbürgers Herrn Lauth als Maire, die unmittelbare Niederlegung des Amtes seiner Adjuncten nach sich ziehen mußte.

Es erhellt aus einer ruhigen und leidenschaftsfreien Anschauung der in Folge dieser Maßregel eingetretenen Thatsachen, daß die von dem Herrn Bezirkspräsidenten an meine drei ehrenwerthen Collegen ergangene Einladung, ihre Unterschrift von der Protestation des Municipalrathes zurückzuziehen und die darauf erfolgte Entsetzung derselben, nur durch deren wiederholten Antrag, ihre Functionen als Adjuncten fortzusetzen, bedingt wurden. Dagegen genügt es, zu bemerken, daß eine derartige Einladung an mich nicht ergangen ist, weil ich mich zu seiner Zeit in einem dem Tode nahen Krankheitszustande befand und mich diesem Antrag nicht angeschlossen hatte. Dieser Umstand läßt errathen, warum durch Beschluß des Herrn Bezirkspräsidenten nur drei Adjuncte ihres Amtes entsetzt worden sind, während von dem vierten gar keine Meldung gemacht wurde.

In der gegenwärtigen Lage der Dinge und um jedem Mißverständniß von Seiten der Behörden, sowie von Seiten meiner Mitbürger vorzubeugen, habe ich demnach die Ehre, gegenwärtiges Schreiben an Sie zu richten, um zu erklären, daß ich, unbeschadet jeder Berücksichtigung meines Krankheits-

zustandes, mich seit der Entsetzung des Herrn Lauth als Maire nicht mehr als Adjunct betrachte, oder als solcher zu fungiren mich befugt glaube. Genehmigen Sie, 2c.

Oesterreich.

Wien, 19. Juni. [Die deutsche Kaiserin.] Das „Neue Fremdenblatt" erfährt über das officielle Programm zu dem Empfange der deutschen Kaiserin das folgende: 24. Juni Ankunft und Empfang durch das Kaiserpaar. 25.: Familien- und Marschallstafel zu Schönbrunn, Abends großes Concert im Redoutensaale. 26.: Diner in Schönbrunn. Vorstellung im Schloßtheater, Souper in der großen Galerie. 27.: Diner bei dem Erzherzog Carl Ludwig, Festvorstellung „Mignon" im Hofoperntheater, Thee im Verbindungsappartement, Soirée beim Grafen Clam Gallas. 28.: Galadiner im großen Ceremoniensaale, Soirée bei dem deutschen Botschafter. 29: Familiendiner in Schönbrunn, Soirée bei dem Grafen Andrassy. 30.: Diner beim deutschen Botschafter, Besuch des Theaters, Soirée bei einem der Erzherzöge. 1. Juli: Abreise.

Die Nachricht, daß der General-Director Schwarz-Senborn seiner Stelle enthoben sei, entbehrt, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, der Begründung.

Schweiz.

Zürich, 16. Juni. [Die vom Solothurner Volkstag angenommenen Resolutionen] lauten nach der „N. Z. Z.":

1. Wir wollen die Durchführung einer zeitgemäßen Bundesrevision durch die Einigung aller Freisinnigen der Schweiz.
2. Wir verlangen von der Revision:
   Allseitige Hebung und nationale Gestaltung unserer Wehrkraft.
   Anbahnung eines einheitlichen Rechtes.
   Volkswirthschaftliche Reformen.
   Erweiterung der individuellen Rechte. Ein Schweizerbürgerrecht. Eine obligatorische, unentgeltliche, und confessionellose Führung entzogene Volksschule.
   Civilehe und von bürgerlichen Beamten geführte Civilstandsregister. Freiheit für jedes Glaubensbekenntniß. Wahrung der Rechte des Bundes gegen jede Kirchenorganisation und jede kirchliche Anstalt, die nicht auf nationaler und republikanischer Grundlage beruht.
   Aufhebung der Nuntiatur und der nicht national und republikanisch organisirten Bisthümer.
3. Wir beschließen eine Petition an den Bundesrath, zu Händen der Bundesversammlung, dahin gehend: Es möge die Bundesversammlung in ihrer nächsten Sitzung die Bundesrevision auf dieser Grundlage an die Hand nehmen.
4. Wir wollen die Bestrebungen des schweizerischen Volksvereins zur Bildung von Sectionen in allen Cantonen der Schweiz unterstützen.
5. Wir geloben uns, einig und treu für die Idee des Fortschrittes einzustehen und im Kampfe für die geistige und politische Unabhängigkeit unseres Volkes auszuharren.

Frankreich.

* **Paris**, 17. Juni. [Zur Ranc'schen Angelegenheit] schreibt man der „N. Z." von hier: Man braucht nicht für Ranc zu schwärmen, man kann seine Tendenzen gründlich verabscheuen und doch den Proceß bedauern, der ihm jetzt gemacht wird. Ein politischer Proceß, wie der gegen Ranc nachträglich noch in Scene gesetzte, pflegt viel Schlimmes zu bergen, das Schlimmste aber ist die Rolle, die hierbei der Armee aufgenöthigt wird. Die Armee wird in das Parteigetriebe der Monarchisten hineingezogen, sie soll den Ränken und Rachegelüsten der Legitimisten und Clericalen dienen, und dies ist doch gerade das, was der Reorganisation den meisten Schaden bringen wird. Der Oberbefehlshaber der ersten Armee verlangt von der National-Versammlung die Erlaubniß zur Verfolgung Ranc's in demselben Moment, wo es sich um die Bestätigung seiner Lyoner Wahl handelt, die Regierung setzt diesen Proceß am dritten Tage nach ihrer tiefen moralischen Niederlage in Folge des Rundschreibens von Beulé ins Werk, nachdem die Kriegsgerichte zwei volle Jahre nichts gegen den Mann unternommen haben. Wenn man das bedenkt und sich der unseligen Folgen erinnert, die frühere politische Processe in Frankreich gehabt haben, dann möchte man am Verstande der Minister zweifeln, die zu so Unseligem die Verantwortung auf sich laden. Die Bonapartisten jubeln über diese rettende That ihrer guten Freunde; unbegreiflich fast erscheint aber die Verblendung der Orleanisten, die sich durch ihre Mitwirkung recht muthwillig um den Rest ihres Einflusses auf die Massen bringen.

[Zum Broglie'schen Rundschreiben.] Das Organ der Minister Ernoul und de la Bouillerie, die „Assemblée Nationale", enthält heute folgende Mittheilung: „Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß das Rundschreiben des Herzogs von Broglie den günstigsten Eindruck auf alle Mächte gemacht hat. Unsere Vertreter im Auslande haben nach Paris geschrieben, daß Europa mit Befriedigung sieht, wie die Versammlung und die Regierung mit Energie auf eine Politik der Ordnung und der Erhaltung eingehen." Diese Mittheilung stammt aus dem Beulé'schen Preßbureau. Uebrigens steht die Mittheilung der „Assemblée Nationale" im grellen Widerspruche zu der Wahrheit, da, wie man in Abgeordnetenkreisen hört, fast alle Berichte, welche die neue Regierung von ihren Agenten erhalten hat, ihr zu verstehen geben, daß die Revolution vom 24. Mai und das Aufpflanzen der ultramontanen Fahne im ganzen Auslande die schlechteste Wirkung hervorgebracht haben. Einige der französischen Vertreter haben es sogar nicht verheimlicht, daß im Auslande die Ansicht vorherrschend ist, daß das neue Regime direct zur Herrschaft der Radicalen führen müsse, da man glaubt, die große Majorität der Franzosen werde sich eher noch diese gefallen lassen, als sich unter die Zuchtruthe des Syllabus stellen. — Wie man voraussehen konnte, hat die von dem obersten Unterrichtsrathe für die Prüfung der Jules Simon'schen Reformen ernannte Commission sich gegen dieselben ausgesprochen. Der clericalreactionäre Patin wurde zum Berichterstatter ernannt, und es ist deshalb alle Hoffnung vorhanden, daß in Frankreich nicht allein Alles beim Alten bleibt, sondern ein Unterrichts-System eingeführt wird, welches die Verdummung noch größer macht. — General Chanzy begiebt sich nächsten Sonnabend auf dem „Kleber" nach Algerien, um das General-Gouvernement zu übernehmen. Derselbe war gestern in der Abend-Gesellschaft von Mac Mahon. Dort hatte sich auch Lanfrey eingefunden, der sich dieser Tage auf seinen Gesandtschaftsposten nach Bern zurückbegiebt.

Provinzial-Zeitung.

+ **Breslau**, 20. Juni. [Ertrunken.] In einer hiesigen Schwimmanstalt*) in der Oder ertrank vorgestern Abend ein 22jähriger junger Mann auf höchst eigenthümliche Weise. Inmitten des ca. 7 Meter tiefen Bassins belustigten sich unter Aufsicht der dort angestellten Schwimmlehrer nahe an hundert Schüler, worunter sich auch der des Schwimmens kundige und später Verunglückte befand. Plötzlich bemerkten mehrere in seiner Nähe Schwimmende, daß der erwähnte junge Mann ohne den geringsten Laut von sich zu geben untertauchte, ein Umstand, der durchaus nicht auffällig erschien, indem ihn die Andern für einen eben so tüchtigen Taucher und Schwimmer hielten; da aber der Verschwundene nicht mehr zum Vorschein kam, machten dieselben Anzeige von diesem Vorfalle. Die Schwimmlehrer tauchten sofort das ganze Bassin ab, ohne jedoch irgend einen Untergegangenen zu finden, und war man in Folge dessen der Ansicht, daß sich der Bezeichnete einen Spaß gemacht, und — wie dies ja oft geschieht — an einer andern Stelle zum Vorschein gekommen sein konnte. Als jedoch bei Schluß der Schwimmanstalt die Kleidungsstücke einer Person übrig blieben, so stellte sich nunmehr die Gewißheit des Unglücksfalles heraus. Gestern Vormittag gelang es den Schwimmmeistern, die Leiche des Ertrunkenen unter einem Floß vorzufinden, und wurde in dem Entseelten später der Tischlergeselle Seifert aus Liegnitz erkannt. Die Leiche ist vorläufig nach dem elftausend-Jungfrauen-Kirchhofe geschafft worden. Eine Schuld ist Niemandem beizumessen.

*) Nicht, wie heute früh irrthümlich gemeldet, in der Schmidt'schen Badeanstalt, sondern in der Scholz'schen Schwimmanstalt.

Aus dem Riesengebirge, 18. Juni. [Meteor.] Gestern Abend 8 Uhr 44 Minuten erschien am östlichen Himmel ein prächtiges Meteor, das sich in mäßiger Geschwindigkeit erst nach West, dann aber in einem kurzen Bogen nach Nordwest zu bewegte und in geringer, scheinbar kaum 600 Meter betragenden Höhe verlöschte. Der Kern zeigte eine ovale Form in der ungefähren Größe eines Drittheils des Vollmondes und glühte außerordentlich intensiv. Kurz vor dem Verlöschen lösten sich kleinere Kugeln von ihm ab, die aber ebenfalls und gleichzeitig mit der Hauptmasse erlöschten. Das Meteor hinterließ einen langen, fast seine ganze Bahn bezeichnenden, aber schmalen Schweif, der aus dem Blaugrau nach und nach ins Silbergrau spielte, etwa 6 Minuten lang im Aether unbeweglich schwebte und dann erst in Zickzackform sich zusammenzog. Ein Theil war nach 10 Minuten noch zu sehen. Die Bewegung geschah mit einem Geräusch, das dem einer aufsteigenden Rakete ziemlich gleich kam. Wenige Secunden nach dem Verlöschen des Meteors hörten wir in nicht gar zu weiter Entfernung von Warmbrunn, scheinbar in der Nähe der Libersteine, eine Detonation in der Stärke eines Kanonenschlages. Ob sie aber von dem Meteor herrührte, ließ sich nicht ermitteln. Wirklichenfalls müßte dasselbe zur Erde gefallen und dann erst explodirt sein. Aus Seiffershau, das ½ Meile nordwestlich der Bibersteine liegt, wird mir gemeldet, daß die Detonation eine furchtbare, die Häuser erschütternde gewesen sei und die Explosion ganz in der Nähe des Dorfes stattgefunden haben müsse. Der Himmel war ganz klar, leider noch zu hell, da die Sonne erst ½ Stunde vorher untergegangen. Wäre das Meteor etwas später erschienen, würde das Schauspiel gewiß eines der prächtigsten gewesen sein, das je gesehen worden. Bald nach 9 Uhr, und nachdem das Thermometer von + 190,5 auf + 13° R. gesunken, das Barometer aber unverändert geblieben, zeigten sich bei kaum bemerkbarem Nordwinde die ersten Vorboten aufsteigender Gewitter, deren auch in der That mehrere, sowohl bald nach Mitternacht, als auch heut früh 4 Uhr von West theils nach Nordost, theils nach Südwest zogen, von denen erstere im Kemnitzthale gewaltige Regengüsse entsendet haben sollen. Es vergeht jetzt selten ein Tag ohne schwere Gewitter. Auch im Augenblick der Absendung dieses Berichts (Mittags 12 Uhr) durchziehen Gewitter unser Thal. — Zur Unterhaltung der Provinzial-Irren-Anstalt und zu den Subventionen der Taubstummen-Anstalten, sowie der Breslauer Blinden-Unterrichts-Anstalt ist vom Kreise Hirschberg für das Jahr 1873 eine Summe von 1509 Thlr. 3 Sgr. aufzubringen, die noch im Laufe dieses Monats zur Kreissteuerkasse eingezahlt werden soll.

J. P. **Aus dem Riesengebirge**, 19. Juni. [Unwetter.] Mein gestriger Bericht war eben auf dem Wege zur Post, als die in demselben gemeldeten schweren Gewitter auch über Warmbrunn und Herischdorf zogen und nicht allein von heftigen Regengüssen, sondern auch von einem bedeutenden Hagelwetter begleitet waren. In Herischdorf schlugen Blitze in zwei einander gegenüberliegende Häuser (in das Haus der Frau Kaufm. Endler und in das sogenannte Pfarrgut) und richteten — ohne jedoch zu zünden — an und in denselben vielen Schaden an; auch wurde ein Dienstmädchen betäubt. Die Schloßen fielen in der Stärke von Haselnüssen und bedeckten an vielen Stellen, besonders in der Gegend von Hermsdorf, Giersdorf und Seidorf massenweise die Gärten, Felder und Wiesen. Hoffentlich werden unsere Landwirthe, die ihre Feldfrüchte immer noch nicht gegen Hagelschaden versichern mochten, jetzt zu einer solchen vortheilhaften, nicht genug zu empfehlenden Versicherung recht ernstlich gemahnt worden sein. — Auch heut durchziehen wieder mehrere schwere Gewitter unsere Thäler. Das Thermometer zeigt + 18 Gr., während das Barometer immer noch unverändert bleibt.

** **Bunzlau**, 18. Juni. [Ferien. — Schulrevision. — Einführung. — Ehrengabe. — Turn- und Feuerrettungs-Verein.] Der Beginn der Sommerferien am hiesigen Gymnasium ist nunmehr definitiv auf den 5. Juli festgesetzt, während die meisten übrigen höheren Lehranstalten der Provinz den Unterricht erst am 12. schließen werden; diese Abweichung ist hier dadurch geboten, daß für die mündliche Abiturientenprüfung vom Provinzial-Schulcollegium der frühe Termin des 21. August in Aussicht genommen worden ist. — Der seit Kurzem an die Liegnitzer Regierung versetzte Regierungs- und Schulrath Bock verweilte in der vorigen Woche mehrere Tage lang hier um die zu seinem Ressort gehörigen Schulen zu besuchen, und wohnte in jeder derselben mehrere Stunden dem Unterrichte bei. — Sanitätsrath Dr. Jacobi aus Hirschberg, welcher vom Landesausschuß in die neucreirte Stelle eines zweiten Arztes an der hiesigen Provinzial Irren-Pflegeanstalt gewählt worden ist, wurde vor einigen Tagen durch den Landeshauptmann Grafen v. Pückler in sein neues Amt eingeführt. — Als vor mehreren Wochen der zweite Geistliche an unserer evangelischen Kirche Pastor Lindner, sein fünfundzwanzig jähriges Amtsjubiläum feierte, hatte sich die Kunde von dieser Feier zu spät verbreitet, als daß von den städtischen Behörden zu dem Festtage selbst eine Ehrengabe für den würdigen und allgemein geachteten Seelsorger hätte beschafft werden können; es sind demselben daher jetzt nachträglich zwei silberne Leuchter als Ehrengabe der Stadt Bunzlau durch eine Deputation von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten überreicht worden. — Das Sommerturnen im hiesigen Turnverein hat seit einigen Wochen begonnen; der Beginn war durch die anhaltende Kälte verzögert worden, welche so lange den Abendaufenthalt im Freien unmöglich machte. Zum Theil mit Rücksicht auf die dadurch herbeigeführte längere Pause im Turnbetriebe hat der Vorstand des Vereins als Gauvorstand des zweiten Niederschlesischen Turngaus beschlossen das diesjährige Gauturnfest, welches eigentlich im Frühjahr in Bunzlau abgehalten werden sollte, bis zum Spätsommer und zwar bis in die letzte Woche des August zu verschieben. Der Feuerrettungsabtheilung des Vereins ist insofern vor Kurzem eine Unterstützung zu Theil geworden, als auf Antrag des Vorstandes die städtischen Behörden dem Vereine zwei größere Leitern überwiesen haben; ein Gesuch um eine einmalige Geldunterstützung behufs Vervollständigung der Ausrüstungsgegenstände, sowie um Aussetzung einer bestimmten Summe für den Feuerrettungs-Verein im Stadthaushaltsetat ist vorläufig abgelehnt worden; doch haben sich die städtischen Behörden bereit erklärt, nach Aufstellung einer Nachweisung über die erwachsenen Kosten dem Vereine einen entsprechenden Zuschuß zu gewähren.

§ **Striegau**, 18. Juni. [Commers. — Meteor.] Die Raczeck's, alte Breslauer Burschenschaft, hielten am 14. nach Ankunft des Mittagszuges während eines starken Gewitterregens auf 10 Wagen, voran auf einem Omnibus das Musikcorps, ihren Einzug in die Stadt. Der erste Besuch galt dem „Deutschen Kaiser". Eine hier noch nie gesehene Erscheinung war der Fuchsmajor. Die Straßenjugend, die sich sehr bald um die heiteren Studiosen schaarte, kam durch Wettrennen 2c. auf ihre Rechnung, es regnete nämlich Geld und allerhand Süßigkeiten. Verschmähten es doch einzelne größere Kinder nicht, sich gleich Martingänsen mit Pfefferkuchen stopfen zu lassen. Abends 9 Uhr begann der Commers in Richter's Gartensalon, woran auch eine Anzahl „alter Herren" Theil nahm. Das Katerfrühstück wurde am nächsten Morgen, jedoch etwas verspätet, auf dem Berge eingenommen. Es scheint, als ob es den Herren hier gefallen hätte, denn die Letzten sind erst heut Mittag abgereist. Drum: „auf Wiedersehen!" — Gestern Abend 8¾ Uhr beobachteten wir ein prachtvolles Meteor von hellgrün glänzender Farbe, das sich in der Richtung von Südost nach Nordwest zog, gleich einer Leuchtkugel in eine Anzahl grün und gelblich leuchtender Theile zersprang und so scheinbar zur Erde fiel. Das Phänomen hinterließ auf seiner Bahn am unbewölkten Himmel eine mattweiße Linie bis in die Nähe des Sirius, die länger als 10 Minuten sichtbar war. — In Vereinbarung mit den hiesigen Steinbruchbesitzern 2c. ist von der Polizeiverwaltung ein Normalstatut zur Errichtung von Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen entworfen worden, das in nächster Zeit zur Anwendung kommen wird. — Heut gegen Abend unternahmen die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr einen Spaziergang auf den Berg.

⊙ **Wohlau**, 18. Juni. [Der Eröffnung unseres Gymnasiums] zum 1. October d. J. steht nun kein Hinderniß mehr entgegen, nachdem es der Patronatsbehörde gelungen ist, tüchtige Lehrkräfte für die neue Anstalt zu gewinnen. Zum Director derselben ist gewählt Herr Gymnasiallehrer Dr. Eitner zu Breslau; zum Oberlehrer Herr Dr. Höhne an der Realschule zum heiligen Geist in Breslau; zum mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehrer Herr Dr. Wenzel, ebenfalls an der Realschule zum heiligen Geist in Breslau; zum dritten Gymnasiallehrer Herr Dr. Gemoll am Gymnasium zu Jauer; als technischer Lehrer der bisherige technische Lehrer am Gymnasium zu Pleß, Herr Kleiner. Sämmtliche Gewählte haben in ihren bisherigen Stellungen bewiesen, daß sie Tüchtiges und Erfreuliches leisten, und es steht zu erwarten, daß sie unsere junge Anstalt heben und einer gedeihlichen und segensreichen Entwickelung entgegenführen werden. Die getroffenen Wahlen liegen dem königl. Provinzial-Schul-Collegium zur Bestätigung vor. — Das Gymnasial-Statut ist von Magistrat und Stadtverordneten vollzogen; ebenso auch die Instruction für das Curatorium des Gymnasiums, dessen Mitglieder bereits gewählt und von dem königl. Provinzial-Schulcollegium bestätigt worden sind. Da mit der inneren Einrichtung des interimistischen Gymnasialgebäudes, sowie mit der Beschaffung der erforderlichen Utensilien und Unterrichtsmittel schon jetzt vorgegangen wird, so dürfte am 1. October d. J. zur Eröffnung unseres Gymnasiums Nichts mehr fehlen, da auch die Wahl des Pedells nächstens vorgenommen werden wird.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 19. 20.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	332''',36	333''',35	333''',91
Luftwärme	+ 19°,1	+ 13°,6	+ 13°,1
Dunstdruck	5''',70	5''',79	5''',47
Dunstsättigung	59 pCt.	91 pCt.	90 pCt.
Wind	NO. 3	W. 1	NW. 1
Wetter	bedeckt, Gewitter.	trübe.	wolkig.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 15°,7.

Breslau, 20. Juni. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 6 Z. U.-P. 2 F. 8 Z.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

R. **Rawicz**, 18. Juni. [Gewitter.] Am Montag, den 16. d. M., überzogen dunkelgraue Wolken, in welchen sich ein Sausen vernehmen ließ, den Himmel über dem Dorfe Choyno. Ein Gewitter entlud sich, welchem ein Hagel folgte, in dem Maße, daß die Erde ½ M. hoch davon bedeckt ward. Das Getreide ist total vernichtet. Noch größere Verheerungen richtete der orkanartige Sturm an. Abgesehen von dem Schaden an Zäunen und Dächern ist zu berichten, daß er 4 fast neue Scheunen niederdrückte, in deren Trümmern 4 Personen begraben wurden. Drei blieben am Leben; die vierte jedoch, eine schwangere Frau, starb. — In Betreff des Ohrringe-Diebstahls ist zu bemerken, daß die Diebin ein 14jähriges Mädchen, Namens Schröter, ist. Durch Unvorsichtigkeit hat sie sich verrathen. — Laut Beschluß des Vorstandes der Schützengilde findet das Königschießen am 15., 16. und 17. Septbr. c. statt.

Berlin, 19. Juni. Wien hatte wieder die Nachricht von der Insufficienz einiger unbedeutenden Banken gebracht und mit ihr schwand denn auch die ursprüngliche Festigkeit des Speculationsmarktes unserer Börse. Nach und nach stellte sich dieselbe wohl wieder hier, indeß führte die Erholung doch nicht zu den besseren Anfangscoursen zurück. Im großen Ganzen war überhaupt die Börse lustlos und nicht frei von Preisermäßigungen. Der Geldmarkt hat, obschon London heute keine Disconto-Erhöhung vorgenommen, an Willigkeit verloren, man nahm feinste Briefe um den Zinssatz von 5% herum, theils etwas darüber, theils, dies indeß selten, darunter. Oesterr. Credit setzten etwa zu 156 ein, fielen auf 154¼ und schließen etwa ½ Thlr. darüber; das Geschäft darin war nicht belanglos; mäßiger Umsatz machte sich auch zu wenig veränderter Notiz in Franz. und Lombarden. Die österreich. Nebenbahnen bleiben unbeachtet, nur Böhm. Westbahn zog etwas an. Auch die österr. Renten hielten sich bei schwachem Verkehr nicht voll. Italiener, Französische Rente, Amerikaner, Türken ohne größere Beachtung und nennenswerthe Coursänderung; Italienische Tabaksactien hoben sich um 5 Francs. Auch die russischen Staatspapiere zeigten schwache Haltung, wovon nur Pfund-Anleihen eine Ausnahme machten. Preußische Fonds bei stillem Geschäft fest; Prioritäten ohne besondere Beachtung. In Eisenbahnen erhielten sich wohl die letzten Geldcourse, der Verkehr darin war indeß fast Null; ostpreußische Südbahn zog unbedeutend an, Rhein-Nahe zeigte zu herabgesetzter Notiz etwas Handel, für Rumänische 8% Stamm-Prioritäten erhielt sich zu 91 weiterhin Frage. Auf Prämie war bei unbestimmter Tendenz wenig Geschäft. Banken ließen in Bezug auf Haltung und Verkehr Manches zu wünschen übrig. Disconto-Commandit-, Deutsche Union und die Mehrzahl anderer Bankpapiere weisen Coursrückgänge auf; Niederschlesischer Cassenverein blieb angetragen; Thüringer Bank, Berliner Wechsler, Centralbank für Bauten, Essener lassen sich als fest bezeichnen. Industriepapiere vermißten ebenfalls, mit wenigen Ausnahmen, die Theilnahme der Börse. Für deutsche Eisenbahnbau weckte man solche, sonst zogen auch u. A. an: Neuß Wagen, Holz-Comtoir, Königsstadt Bauverein, Südend, Viehmarkt blieb zu 100 begehrt; Brauereien ohne irgend ein Interesse. Der künstliche Cours für Potsdamer Fuhr-Gesellschaft ging heute wieder verloren, doch hielt sich die Notiz noch über Pari. Von Bergwerks-Actien war in Dortmunder herabgesetzt, großes Geschäft, auch Laura drückte sich bei ziemlichem Verkehr; als beliebt und zum Theil belebt lassen sich nennen: Warsteiner, Massener, Louise Tiefbau, Ritterburg, Centrum, Hibernia, Victoriahütte, Lauchhammer, Marienhütte, Stolberger Actien wie Obligationen; Bochumer Bergwerks und Gußstahl und König Wilhelm waren matter. Wechsel fest bei kleinem Geschäft.

(Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 19. Juni. Weizen: Termine ferner gewichen. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 79—96 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Juni 94—93⅝ Thlr. bez., Juni-Juli 92⅝—92 Thlr. bez., Juli-August 88¼—87⅞ Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 82⅛—81⅝ Thlr. bez., October-November 81—80¼ Thlr. bez., feiner gelber — Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco verkaufte sich coulant. Termine, besonders die späteren Sichten, erfuhren trotzdem neuerdings einen kleinen Rückschlag, wurden jedoch im Ganzen wenig gehandelt. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 58—65 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, inländischer — Thlr. ab Bahn bez., russischer 58—59 Thlr. ab Bahn bez., pr. Juni 58⅛—¼—⅝ Thlr. bez., Juni-Juli 58—⅛—57⅞ Thlr. bez., Juli-August 56¾—⅜ Thlr. bez., August-September 56—55⅝ Thlr. bez., September-October 55⅞—¼ Thlr. bez., October-November 54¾—⅞ Thlr. bez. — Rüböl auf nahe Sichten fest, später matt. Gekündigt 300 Ctnr. Kündigungspreis 20⁵⁄₁₂ Thlr. Loco 20¾ Thlr. bez. — Spiritus bei ungemein schwachem Handel etwas matter, loco ohne Faß 19 Thlr. 18 Sgr. bez., pro Juni 19 Thlr. 15—12 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 15—12 Sgr. bez., Juli-August 19 Thlr. 16—13 Sgr. bez., August-September 19 Thlr. 22—20 Sgr. bez., September-October 19 Thlr. 4—2 Sgr. bez., October-November — Thlr. — Sgr. bez. — Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 19 Thlr. 13 Sgr. bez. — Wetter: schwül.

B. **Stettin**, 19. Juni. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: schön. Temperatur + 20° R. Barometer 28" 5"'. Wind: NO. — Weizen matt, pr. 2000 Pfd. loco gelb. ger. 64—74 Thlr. bez., besserer 75—86 Thlr. bez., feiner 87—89 Thlr. bez., feinster 95 Thlr. bez., pr. Juni 93¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 90⅞, ⅝, ¼ Thlr. bez., pr. Juli-August 88, 88⅛, 87½, ¼ Thlr. bez., pr. August-September 86¾ Thlr. bez., pr. September-October 81⅞, 80¾ Thlr. bez., pr. October-November 80—79¼ Thlr. bez. — Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 53—60 Thlr. bez., russ. 54—57⅞ Thlr. bez., pr. Juni 56 Thlr. Gld., pr. Juni-Juli 55¾, ½ Thlr. bez., pr. Juli-August 55⅝, 54¾ Thlr. bez., pr. August-September 54½ Thlr. bez., pr. September-October 54¼ Thlr. bez., pr. October-November 54⅛, 53¾, ⅞ Thlr. bez. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 57—63 Thlr. bez. — Hafer unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 48—52 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 54 Thlr. bez., pr. Juli-August 51 Thlr. bez. — Erbsen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Qual. 48—51 Thlr. bez. — Winterrübsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 94¼, 94 Thlr. bez. — Rüböl ruhig, pr. 200 Pfd. loco 22 Thlr. Br., pr. Juni-Juli 21⅙ Thlr. bez., pr. Juli-August 21¼ Thlr. bez., pr. September-October 21⅓ Thlr. bez. u. Br. — Spiritus höher bezahlt, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 18¹¹⁄₁₂ Thlr. bez., pr. Juni u. Juni-Juli 18⅚ Thlr. bez., pr. Juli-August 18¹¹⁄₁₂, 19, 18¹¹⁄₁₂ Thlr. bez., pr. August-September 19⅙ Thlr. bez., pr. September-October 18⅚, ⅚ Thlr. bez. — Petroleum loco 5⁷⁄₁₂ Thlr. Br., pr. September-October 5⁷⁄₁₂ Thlr. Br., 5¹³⁄₂₄ Thlr. Gld., pr. October-November 5⅝ Thlr. Br. u. Gld., pr. November-December 5¾ Thlr. Br.

Angemeldet: 4000 Ctr. Weizen.

Regulirungspreise: Weizen 93¼, Roggen 56, Rüböl 21⅙, Spiritus 18⅚ Thlr.

Posen, 19. Juni. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogr.) matter. Kündigungspreis 60. Gek. — Wspl. Juni 60 G., Juni-Juli 58½ bez. u. G., Juli-August 56 bez. u. G., August-September 55 G., Herbst 54¼ bez. u. Br., October-November 53½ G. — Spiritus (pro 10,000 Liter %) fest. Kündigungspreis 19. Gek. — Liter. Juni 18¹¹⁄₁₂—19 bez. u. G., Juli 19—19⅟₁₂ bez. u. G., August 19⁵⁄₂₄—19⅙, September 19⁵⁄₂₄—19⅙, October 18⅓ G., November 17¾ Br.

Posener Markt-Bericht. Weizen: begehrt, pro 1050 Kilogramm feiner 100—103 Thlr., mittel 90—96 Thlr., ordinär und defect 80—90 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. feiner 60—64 Thlr., mittel 56—60 Thlr., ordinär 53—58 Thlr. — Gerste: höher bezahlt, pr. 925 Kilogr. feine 51—54 Thlr., mittel und ordinär 46—49 Thlr. — Hafer: begehrt, pr. 625 Kilogramm feiner 33—37½ Thlr., mittel u. defect 30—35 Thlr. — Erbsen: unverändert, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erbsen 54—56 Thlr. Futter-Erbsen 48—52 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr.

gelbe 33–37½ Thlr., blaue 28–31 Thlr. — Wicken: matt, pr. 1125 Kilogr. 38–40 Thlr. — Oelsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr. Rips — Thlr. — Leinsaamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogr. 75–85 Thlr., — Klee matt, weiß 10–20, roth 12–18 Thlr. — Buchweizen: geschäftslos, pr. 75 Kilogramm 46–50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Schön.

Berlin, 19. Juni, Nachm. [Wollmarkt.] Das Marktquantum ist ungefähr das vorjährige und größtentheils heute verkauft. Gute Wäschen erzielten Vorjahrspreise. Mittelmäßige einige Thaler weniger. Geschäftsverlauf ruhig. (W. T.-B.)

Wien*), 19. Juni. Bank und Baupapiere waren ohne größeren Umsatz, und notiren etwas tiefer; für diese schwächere Haltung lag keinerlei äußere Veranlassung vor. Das Aushilfs-Comité fuhr mit coulanter Belehnung fort, trat aber nicht tausend auf, weil die Parole lautet: „Stützen, aber nicht treiben." Die Börse ist zu schwach, um aus sich heraus die Speculation in Angriff zu nehmen und thut dies um so weniger, da die Meinung verbreitet ist, und durch die Haltung des Privatpublikums bestätigt wird, daß der Julicoupon nur in Anlage-Papieren bester Sorte einrestirt werden wird. In dieser Beziehung richtet sich die Aufmerksamkeit in Erwartung günstigerer Ernteaussichten auf die Eisenbahnactien, deren mehrere heute sehr lebhaften Begehr fanden, so namentlich Galizier, Staatsbahn, Elisabethbahn; auch Prioritäten sind stark gesucht. Valuta minder steif. Getreidepreise fallen. (Tel. Dep. der Bresl. Ztg.)

*) Diese Depesche, welche in Wien um 5 Uhr 40 Min. Nachmittags aufgegeben worden ist, ist uns um 2 Uhr Nachts zugestellt worden. (Anm. d. Red.)

Wien, 19. Juni. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betrugen in der Woche vom 7. bis zum 13. Juni 242,014 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 54,698 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 10,748 Fl., Mehreinnahme 4464 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1942 Fl., Mehreinnahme 551 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Kaiser-Ebersdorf 1601 Fl., Mehreinnahme 1325 Fl.

Aus Galizien und Südrußland wird telegraphisch gemeldet, daß die Ernteaussichten dort glänzend sind.

London, 19. Juni. [Bankausweis.] Totalreserve 11,959,990 Pfd. St., Zunahme 924,527 Pfd. St. Notenumlauf 24,891,200 Pfd. St., Abnahme 131,865 Pfd. St. Baarvorrath 21,851,190 Pfd. St., Zunahme 792,662 Pfd. St. Portefeuille 22,495,891 Pfd. St., Abnahme 1,372,910 Pfd. St. Guth. der Priv. 16,537,330 Pfd. St., Abnahme 322,348 Pfd. St. Guth. d. Staatsch. 13,190,967 Pfd. St., Abnahme 108,204 Pfd. St. Notenreserve 11,166,690 Pfd. St., Zunahme 1,129,835 Pfd. St.

[Warschau-Bromberger Eisenbahn.] Einnahme pro Mai 1873.

	Personen: Anzahl.	Frachten: Pud.	Geld-Einnahmen Zusammen: Rs.	K.
Im Monat Mai 1873	38,445	1,346,126	71,791	74
" " " 1872	31,762	893,281	62,653	42½
Mithin im Jahre 1873 mehr	6,683	452,845	9,138	31½
Vom 1. Jan. bis 31. Mai 1873	134,386	6,994,897	309,938	90½
do. do. 1872	119,376	5,596,896	300,918	60
Mithin im Jahre 1873 mehr	15,010	1,398,001	9,020	30½

[Warschau-Wiener Eisenbahn.] Einnahme pro Mai 1873.

	Personen: Anzahl.	Frachten: Pud.	Geld-Einnahmen Zusammen: Rs.	K.
Im Monat Mai 1873	113,833	6,797,988	358,776	72½
" " " 1872	117,743	4,212,528	281,071	33
Mithin im Jahre 1873 mehr	—3,910	2,585,460	77,705	39½
Vom 1. Jan. bis 31. Mai 1873	474,732	28,843,906	1,566,580	86½
do. do. 1872	428,218	22,213,088	1,287,797	03
Mithin im Jahre 1873 mehr	46,514	6,630,818	278,783	83½

\# Breslau, 20. Juni, 9¾ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8⅓ bis 9⅙ Thlr., gelber 8⅙–9⅓ Thlr., feinste Sorte 9⅔ Thlr. bezahlt.

Roggen in matter Haltung, pr. 100 Kilog. 6⅙ bis 6½ Thlr., feinste Sorte 6⅚ Thlr. bezahlt.

Gerste unverändert, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6⅓ Thlr., weiße 6⅚ bis 6⅚ Thlr.

Hafer preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen gute Kauflust, pr. 100 Kilog. 5–5⅔ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilog. 4–4½ Thlr.

Lupinen schwach offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3⅔–3⅚ Thlr., blaue 3⅓ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilog. 5⅔–6 Thlr.

Mais ohne Kauflust, pr. 100 Kilog. 5 bis 5⅙ Thlr.

Oelsaaten ohne Umsatz.

Schlaglein matter.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr. Pf.

	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
Schlag-Leinsaat	8	20	—	9	—	—	9	15	—
Winter-Raps	8	20	—	9	5	—	9	20	—
Winter-Rübsen	8	15	—	8	25	—	9	5	—
Sommer-Rübsen	7	15	—	8	—	—	8	15	—
Leindotter	7	—	—	7	15	—	8	—	—

Rapskuchen unverändert, schlesische 71–72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen mehr beachtet, schlesische 90–92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rothe 12–16½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12–16 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Aenderung, 8½–9⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼–4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Bern, 19. Juni. Die Regierung von Bern hat ein von zwei und zwanzig Gemeinderaths-Repräsentanten des Amtsbezirks Feldberg und Münster eingereichtes Gesuch um Zurücknahme der gegen die katholischen Pfarrer getroffenen Maßnahmen einstimmig zurückgewiesen.

Versailles, 19. Juni. Die Nationalversammlung berieth über den Antrag des Gouverneurs von Paris, den Deputirten Ranc gerichtlich verfolgen zu dürfen. Bei der stattgefundenen längeren Debatte legte der Justizminister Ernoul Namens der Regierung gegen die Unterstellung Verwahrung ein, als ob diese mit dieser Maßregel irgendwie die Regierung des früheren Präsidenten Thiers treffen wolle, oder als ob sie bei einer rein gerichtlichen Frage von irgendwelchen politischen Nebengedanken und Absichten geleitet sei. Gajot, Mitglied der äußersten Linken, stellte den Antrag, die Versammlung solle ihre Entscheidung vertagen, bis die Generale Ladmirault, Cissey, Appert, Barrail, sowie der Minister Herzog von Broglie von der Commission vernommen worden seien. Dieser Antrag wurde mit 450 gegen 250 Stimmen abgelehnt. Die Anträge des Berichterstatters, die dahin gehen, die Ermächtigung zur Verfolgung Ranc's zu ertheilen, wurden mit 485 gegen 137 Stimmen genehmigt.

Rom, 19. Juni. [Kammersitzung.] Sella verlangt, daß die Finanzvorlagen morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Depretis fordert die Vertagung bis November und protestirt dagegen, daß er damit den Wunsch eines Ministerwechsels ausdrücke. Der Namensaufruf ergiebt die Beschlußunfähigkeit der Kammer. Die Abstimmung wird auf morgen vertagt. Heute fand die Eröffnung der Eisenbahn Borgoforte-Mantua statt, welche Modena mit Mantua verbindet.

London, 19. Juni. Der Schah ist hier eingetroffen und empfing alsbald nach seiner Ankunft den Besuch des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland.

Bukarest, 19. Juni. Der Fürst reiste heute Nachmittags, von den Ministern Boeresku und Maurogheni begleitet, über Jassy nach Wien ab, wo er Montag eintrifft. Das Gerücht, daß er abzudanken beabsichtige, wird officiös als Parteimanöver und völlig unbegründet, auf das Bestimmteste bezeichnet.

New-York, 18. Juni. Wie von Nashville gemeldet wird, ist daselbst die Cholera in sehr erheblichem Zunehmen begriffen. Viele Einwohner haben die Stadt verlassen, die Geschäfte liegen völlig darnieder.

Berliner Börse vom 19. Juni 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	4½	139¼ bz.
do. do.	2 M.	4½	138 bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.14 G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	6	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6½	99⅞ G.
London 1 Lst.	3 M.	6	6.19⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	10 T.	5	79 G.
Petersburg 100 SR.	3 M.	5	88⅜ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	5	80¼ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88⅝ bz
do. do.	2 M.	5	87⅝ bz

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½ %ige	4½	99¾ bz.
dito consolid.	4½	104 3/16 bz.
dito 4%ige	4	96 bz.G.
Staats-Schuldscheine	3½	89½ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125 G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101 B.
Pfandbr. Berliner	4½	99¾ B.
Pfandbr. Pommersche	3½	80⅞ bz.
Pfandbr. Posensche	4	92¾ G.
Pfandbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	94¼ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	94 bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	92¾ G.
Rentenbriefe. Preussische	4	93¾ G.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	96¼ B.
Rentenbriefe. Sächsische	4	95⅞ B.
Rentenbriefe. Schlesische	4	94⅛ B.
Badische Präm.-Anl.	4	108¾ B.
Baiersche 4% Anleihe	4	111 B.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	92 bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 69½ B.
Badische 35 Fl.-Loose 38 G.
Braunschw. Präm.-Anl. 23¾ B.
Oldenburger Loose 37¾ B.

Louisd'or 110 bz	Dollars 1.11¼ bz
Sovereigns 6.21¼ B.	FrmdBkn. 99¾ bz
Napoleons 5.10 bz	Oest. Bkn. 89⅛ bz
Imperials 5.15 bz	Russ. Bkn. 80⅝ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündb Cent-Bod Cr.	5	100¼ bz.
Unkünd' dto. (1872)	5	102 bz.B.
dto. rückbz à 110	5	105 bz.
dto. dto. dto	4½	96½ G.
Unk. H d. Pr B. Crd. B	5	97⅜ bz.
dto. III. Em. dto.	5	97¼ bz.
Kündb Hyp.-Schuld dt	5	96⅝ bz.
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	101½ bz.
Pomm Hypoth.-Briefe	5	100¼ bz.
Goth. Präm Pf. I. Em.	5	104½ bz
dto. dto. II. Em.	5	101¾ bz
Meininger Präm. Pfdb.	4	92 bz.B.
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
dto. Hyp. Crd.-Pfndb.	5	— —
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp. B-	4½	100 bz.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge	5	89 G.
Südd. Bod. Cred. Pfandb	5	100¼ bz.
Wiener Silberpfandbr.	5½	82½ bz.G.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65 bz.
do. Papierrente	4⅕	60¾ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	91¼ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	95¾ B.
do. Credit-Loose	—	118½ bz.
do. 64er Loose	—	89 bz.B.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	131¾ etbz.G.
do. do. 1866	5	129 bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	88 bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75¾ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	75⅛ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63¾ bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96⅞ G.
do. do. p. 1885	6	98⅝ bz G.
do. 5% Anleihe	5	95¼ bz. B.
Französische Rente	4	88¼ G.
Ital. neue 5% Anleihe	4	61 bz.G.
Ital. Tabak-Oblig.	5	92⅝ G.
Raab-Grazer 100 Thlr.-L.	5	79⅝ B.
Rumänische Anleihe	6	— —
Türkische Anleihe	4	52¼ á ⅛ bz G
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	74⅝ bz.B.

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9⅞ G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	99 G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82⅝ bz.
do. do. VI.	4½	99 G.
do. Nordbahn.	5	102⅝ bz.
Berlin-Görlitz	5	102 G.
dto.	4½	98½ B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	98⅛ G.
do. do. G.	4½	98⅛ G.
do. do. H.	4½	98⅛ G.
Cöln-Minden III.	4	90 etbz.B.
do. do. do.	4½	100 bz.G.
do. do. IV.	4	89⅞ bz.
do. do. V.	4	89½ B.
Halle-Sorau-Guben	5	100 G.
Hannover-Altenbeken	4½	98½ G.
Märkisch-Posener	5	102 G.
Ndrschl.-Märkische	4	93 B.
do. do. III.	4	93½ B.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	89½ G.
do. C.	4	— —
do. D.	4	89½ G
do. E.	3½	82½ G.
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	99 bz.
do.	4	102 G
do. Brieg-Neisse	4½	97½ G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	90 B.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	
do. do.	5	101⅝ bz.
dto. Stargard-Posen.	4	88 G.
dto. dto. II. Em.	4½	— —
dto. dto. III. Em.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101⅛ G.
Schlesw. Eisenbahn	4½	97 B.
Chemnitz-Komotau	5	91⅞ bzG.
Dux-Bodenbach	5	85¼ G.
Prag-Dux	5	85⅝ B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	91 bz.B.
do. do. neue	5	87¾ G.
Kaschau-Oderberg	5	80½ bz
Ung. Nordostbahn	5	69⅝ bz. B.
Ung. Ostbahn	5	62 etbz. G.
Lemberg-Czernowitz	5	66½ G.
do. do. II.	5	75½ G.
do. do. III.	5	67 bzB.
Mährische Grenzbahn.	5	78 bz
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	76 B.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	82½ bz B.
Oesterr.-Französische	3	293½ G.
do. do. neue	3	282 bz
do. südl. Staatsbhn.	3	246½ bzB.
do. neue	3	246½ bz.B.
do. Obligationen	5	85½ bz
Warschau-Wien II.	5	94 bz.G.
do. III.	5	94 bz G.
dto. IV.	5	93 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅖	—	4	39¼ bz
Berg.-Märkische	7½	6	4	111 bz.
Berlin-Anhalt	18½	17	4	181¾ bz.
dto. Dresden	—	5	5	72⅞ bz.
Berlin-Görlitz	0	3½	4	107 bz.G.
Berlin-Hamburg	10¾	12	4	221 bzB.
Berliner Nordbahn	—	5	5	48⅞ bz
Berl.-Potsd.-Magd.	14	8	4	132 bz B.
Berlin-Stettin	11 5/12	12¾	4	179½ bz
Böhm. Westbahn	8¼	5	5	100⅞ bz
Breslau-Freib.	9½	7½	4	114½ bz B.
do. neue	—	—	5	103¾ bz
Cöln-Minden	11⅕	9 7/20	4	145½ b
do. do. neue	5	5	5	108½ bz G.
Cuxhav. Eisenbahn	—	—	6	—
Dux-Bodenbach B.	5	0	5	56⅞ bzB.
Gal. C.-Ludw.-B.	8½	7	5	97½ et ¾ bz
Halle-Sorau-Guben	4	0	4	52 b
Hannover-Altenb.	5	—	5	69½ bzB.
Kaschau-Oderberg	5	5	5	71¼ bz G.
Kronpr.-Rudolfb.	5	5	5	71¼ bz G.
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	11	4	188¼ bz
Märk.-Posener	0	0	4	50 bz
Magdeb.-Halberst.	8½	8½	4	132 bzB.
Magdeb.-Leipzig	16	14	4	254 bzG.
do. Lit. B.	4	4	4	96¼ bz
Mainz-Ludwigshaf.	11	11 6/10	4	165⅝ bz
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	95¾ B.
Oberschles. A. u. C.	13⅔	13⅔	3½	179⅛ bz C.
do. B.	13⅔	13⅔	3½	154 G.
do. D	—	—	—	170¼ bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	10	5	197¼ á ½ bz
Oester.-Nordwestb	5	5	5	124⅞ bz
Oestr. südl. St.-B.	4	4	5	112¼ á ¼ bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	42 bz
Rechte O.-U.-Bahn	3	6	5½	123 bz
Reichenberg-Pard.	4	4½	4	68⅜ bz
Rheinische	10½	9⅖	4	144 á ¾ bB.
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	37 bz
Rumän. Eisenb.	5	3⅗	5	40⅜ bz G.
Schweiz. Westbahn	2½	—	4	41¼ bz B.
Stargard-Posener	4	4½	4½	99½ B.
Thüringer	10½	9	4	137¼ bz
Warschau-Wien	12½	—	5	82¼ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1871	1872	Zf.	
Berlin-Görlitzer	5	5	5	104⅛ bz
Berlin Nordbahn	—	5	5	57¾ bz
Breslau-Warschau	5	—	5	46¼ bz
Halle-Sorau Guben	5	2½	5	70 G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	82¼ bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	2½	5	5	87¾ B.
Märk.-Posener	1½	0	5	74 bz B.
Magdeb.-Halberst	3½	3½	3½	82 bz G.
dto. Lit. C.	—	5	5	102 bzG.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	67¾ bz G.
Pomm. Centralb.	5	5	5	43 bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	6	5	122 bzG.
Rumän. (40% Einz.)	—	—	8	91 bz G.
Saal-Bahn	—	5	5	66 bz G

Bank- und Industrie-Papiere.

	1871	1872	Zf.	
Anglo-Deutsche Bk	—	7½	5	82½ bz
Allg. Deut. Hand.-G	—	9¼	5	78⅞ b G.
Berliner Bank	15	14	4	95 bz G.
Berl. Bankverein	16	18	5	117 bzG.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	29 3/10	4	280½ G
Berlin. Hand.-Ges.	12½	12½	4	140 G.
Berl. Lombard-Bk	5	11¼	5	60¼ bzG.
Berl. Makler-Bank	25½	11	4	90⅞ bz G.
Berl. Prod.-Makl-B	—	8½	5	95 bzG.
Berl. Wechslerbnk.	12½	0	5	46 bzG.
Braunschw. Bank	8½	8⅔	4	115⅞ bz G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	10	4	89⅞ bz B
Bresl. Handels-Ges.	—	9	5	82⅞ G.
Bresl. Maklerbank	—	30	5	104½ B.
BreslMakl-Ver-Bk	4¼	7	5	95 G
BrProvWechslerB.	—	12	4	—
Brsl. Wechslerbnk.	12	12	4	79 bz
Centr.-Bk. f. Genos.	12	14	4	112¼ bz G.
CoburgerCred.-Bk.	10¼	7¼	4	88⅝ bzG.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	114½ b B.
Darmst. Creditb.	15	15	4	167⅞ bz
Darmst. Zettelbank	8	7	4	103⅝ bz
Dessauer	—	—	fr.	
Deutsche Bank	8	8	4	91½ bz G.
DeutscheUnionsbk	11½	9½	4	90¼ bz G.
Disc.-Com.-A.	24	27	4	230½ bz
Genfer Bank	—	—	fr.	3⅞ bz
Genossensch.-Bnk	10¾	10⅔	4	132 bz G.
do. junge	—	—	4	126 bz B.
Gewb. Schuster u. C	10⅔	10	4	97⅞ bz
Görlitzer Vereinsb.	—	10	4	—
Goth. Grundcred.-B	9	9¼	4	107½ G
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	13¾	4	153½ bz
do. Vereins-Bk.	11¼	13¾	4	121½ G.
Hannover'sche do.	5⅗	6 6/10	4	106 bzG.
do. Disconto-Bk.	—	5	5	73¼ bz
Hessische Bank.	—	6⅔	4	74¾ bz G.
Königsberger do.	11	8	4	79⅝ bz B
Landw.-B. Kwilecki	14	—	5	68 G.
Leipz. Credit-Bnk.	11	15	4	165¼ bz G.
Luxemburger do.	12	12	4	130 bz B.
Magdeburger do.	5⅘	5¾	4	106 G.
Meininger do.	12	12	4	127¾ bz G.
Moldauer Lds.-Bk.	6	4	4	50 B.
Ndrschl. Cassenver.	12	15	5	116 G.
Nordd. Grundcr.-B	8	13¾	5	103⅞ bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅔	8 3/10	4	88 bzG.
Oest. Credit-Actien	17½	18¾	5	156 á 4¾ b
Ostdeutsche Bank	—	8	4	73½ bz B.
OstdProducten-Bk	—	8½	5	60 G.
Posener Bank	6⅘	6½	4	106⅞ G.
Pos. ProvWechslb.	—	8	5	39 bzG.
Preuss. Bank-Act.	12 8/10	13½	4¼	182½ bz B.
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	15	4	112⅞ bz B.
Pr. Central-Bod. Cr	9½	9½	4	123⅞ bz
Pr. Credit-Anstalt	—	24	4	77⅛ et bz
Prov-Wechsler-Bk	—	7½	5	80½ bzB.
Sächs. B. 60% I. S.	10	12	4	145½ bz
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	93⅞ bzB.
Schles. Bank-Ver.	12	14	4	135 bzB.
Schl. Centralbank	—	13	5	83½ G.
Schl. Vereins-Bank	—	9	5	93 bzG.
Thüringer Bank	9	14	4	119¾ bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	15	19	4	138½ bz G.
Weimar. Bank	7	8	4	113 bzB.
WienerUnionbank	16½	5	5	83⅝ bz
Berl. Eisenb. Bed-A	10½	11½	5	162 B.
Märk. Schl. Masch-G	—	—	5	53¼ bz G
Nordd. Papierfabr.	8½	14	5	94 bzB.
Westend, Comm-G.	16	17	5	142 bzG.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	5	121 bz G.
Schles. Feuervers.	20	17⅓	5	122 B
Donnersmarkhütte	—	—	5	75½ G.
Königs- u. Laurah.	12¼	—	5	216¾ bz
Lauchhammer	7	6	5	104¼ bzG.
Marienhütte	—	9	6	105 bzG.
Minerva	0	—	5	22½ G.
Moritzhütte	—	7	5	78 G.
O. Schl Eisenwerke	—	—	5	69⅔ bzG.
Redenhütte	—	—	5	89⅞ bz B.
Schl. Kohlenwerk	—	9	5	103¼ bzG.
Schles. Zinkh.-Act	—	—	5	101½ bz B
do. St.-Pr.-Act.	—	—	5	101½ bzB.
Tarnowitz. Bergb.	—	—	5	250 B.
Vorwärtshütte	—	—	5	77¾ bz G.
Baltischer Lloyd.	10	0	5	58 bz G.
Bresl. Bierbrauerei	7	—	5	68 B.
Bresl. E-Wagenbau	—	—	5	78¾ B.
do. verein. Oelfab.	0	8	5	70 bzG.
Erdm. Spinnerei	—	8	5	71⅞ bz
Görlitzer do.	—	0	5	62½ G.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	4½	63 B.
Oberschles. do.	6	—	5½	121¼ bz
Schl. Leinenindust.	6	—	5	102½ bzB.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	68½ bzG.
do. Porzellan	—	7	5	—
Schl. Tuchfabrik	—	—	4	92 bzG.
do. Wagenb. Anst	—	9	4	76 B.
Schl. Wollw.-Fab-	—	10	4	46 bzG.

Bank-Discont 6 pr. Ct.
Lombarden-Zinsfuss 7 pr. Ct.

♂ Görlitz, 17. Juni. [Die Constituirung des Verwaltungsraths der Görlitzer Actiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf] ist gestern endlich erfolgt. Ein schweres Stück Arbeit! Bereits am 23. April sollte sie erfolgen, doch wurde die Giltigkeit der Generalversammlung und folgerecht der in ihr vorgenommenen Wahlen von drei Verwaltungsräthen von dem Handelsrichter beanstandet und also eine neue Generalversammlung am 7. Juni einberufen. Diese zweite Generalversammlung wählte den Stadtrath Erwin Lüders, den Kaufmann Löschbrand und den Fabrikdirector A. Behnisch zu Mitgliedern des Verwaltungsrathes, während der schon in der gleichfalls für ungiltig erklärten General-Versammlung vom 23. April 1872 ausgeschiedene Bankdirector Paul Gravenstein aus Berlin ausgeloost wurde. Die Verwaltungsräthe Commerzienrath L. Wrede in Berlin und Kaufmann L. Ephraim in Görlitz hatten bereits im Laufe des vorigen Jahres und die beiden Wiener Mitglieder — Hofrath von Weber und Hofrath Eichler von Eichkron — in Folge der gegen sie wegen Nichtunterzeichnung des Protokolls der letzten Generalversammlung öffentlich erhobenen Anklagen am 7. Juni ihre Stellen als Verwaltungsrathsmitglieder niedergelegt und somit bestand der Verwaltungsrath nur aus fünf Mitgliedern, nämlich aus den Obengenannten, dem Hüttenbesitzer J. Mamroth in Berlin und dem Rechtsanwalt Dr. Dreyer hier. Die Constituirung des Verwaltungsraths konnte erst heute erfolgen, da zwischen dem bisherigen Vorsitzenden J. Mamroth und den neu gewählten Verwaltungsraths-Mitgliedern Differenzen wegen der Person des neuen Vorsitzenden bestanden, die vor einigen Tagen durch den Austritt des Herrn Mamroth ihre Erledigung fanden. Der auf gestern von Dr. Dreyer, dem einzigen alten Mitgliede des Verwaltungsraths berufene Verwaltungsrath hat nun Hrn. E. Lüders zum Vorsitzenden, Hrn. W. Löschbrand zu dessen Stellvertreter gewählt und sich durch Cooptation des Handelskammerpräsidenten Rittinghausen, des Rentiers Schmalz, des Stadtraths Kluge und, nachdem auch Dr. Dreyer ausgeschieden war, des Kaufmann O. Druschki vervollständigt. Man ist nun neugierig, ob nunmehr die Eintragung des Verwaltungsraths in das Handelsregister erfolgen, oder ob wegen der Ungiltigkeit der vorjährigen Generalversammlung vom Handelsrichter auch die Giltigkeit der Einberufung der spätern Versammlungen angezweifelt wird. Dann bleibt nichts übrig, als einen Regierungs-Commissarius zu schicken, da gegenwärtig Niemand Verwaltungsrathsmitglied ist, der dieser Körperschaft vor dem 13. April 1872 angehört hat. — Die am 7. Juni gewählte Untersuchungscommission ist diesmal anders zusammengesetzt, als das erstemal. Nur Maschinen-Fabrikant Esser ist das zweitemal wieder gewählt, dagegen sind an Stelle der Herren Kaufleute Pahl und Dietzel die Kaufleute Prox und O. Bauernstein getreten.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 19. Juni, Abends. Boulevard-Rente 91, 25.

Frankfurt a. M., 19. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lond. Wechsel 117⅞. Pariser do. 92¼. Wiener do. 103¼. Franzosen *) 346. Hessische Ludwigsbahn 166½. Böhmische Westbahn 231. Lombarden*) 197. Galizier 227¾. Elisabetbahn 227½. Nordwestbahn 218¼. Oregon 23. Creditactien*) 272½. Russ. Bodencredit 88¾. Russen 1872 91⅞. Silberrente 65⅛. Papierrente 60⅞. 1860er Loose 92⅜. 1864er Loose 162. Raab-Grazer 79¼. Amerikaner de 82 96. Darmst. Bank 423¾. Deutsch-österr. Bank 99¾. Prov.-Disconto-Gesellschaft 136. Brüsseler Bank 101¾. Berliner Bankverein 118. Frankf. Bankverein 119½. do. Wechslerbank 85. Nationalbank 1033. Meininger Bank 128⅛. Schiff'sche Bank —. Hahn Effectenbank 124⅞. Continental 110.

Anfangs fest, dann matter auf Berliner Nachrichten, Schluß unentschieden; Wiener Nachrichten verstimmten. Geschäft still, namentlich für Bahnen und Banken.

Südd. Immobilien-Gesellschaft 115, Hibernia 119.

Nach Schluß der Börse: Fest. Credit-Actien 273, Franzosen 346, Lombarden 197¼.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 19. Juni, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 96⅛. Creditact. 273¼. 1860er Loose 92½. Franzosen 346¾. —. Lombard. 198½. Staatsbahn —,—. Silberrente 65⅛. Bankactien 1035.—. Elisabethb. 229. Frankfurter Bankverein —. Deutsch-österreich. Bank 99¾. Papierrente 60½. Hahn'sche Effectenbank 124⅞. Meininger Bank —. Galizier 227½. Hibernia —. Nationalbank 1026. Sehr fest.

Dresden, 19. Juni, Nachm. 2 Uhr. Creditactien 155. Lombard. 112½. Silberrente 65. Sächsische Creditbank 95. Sächsische Bank (alte) 146. do. (junge) 139. Leipziger Credit 165. Dresdener Bank 90½. Dresdener Wechslerbank 96. Dresdner Handelsbank 77. Sächsischer Bankverein 86¾. Oesterr. Noten 89⅛. Lauchhammer —. Matt.

Hamburg, 19. Juni, Nachm. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Prior. A. 102. Oesterreichische Silber-Rente 65. Credit-Actien 233½. do. 1860er Loose 92⅛. Nordwestb. 470. Franzosen 744. Raab-Grazer —. Lombarden 422. Ital. Rente 61. Berg.-Märkische —. Cöln-Mindner —. Rh. Eisenbahn-St.-Actien —. Vereinsb. 121½. Laurahütte 215. Commerzbank 102. do. neue 99½. Nordd. Bank 151¾. Prov.-Disc.-Bank 135½. Anglo-Deutsche Bank 83⅛. do. neue 85. Dän. Landmbk. 100. Dortm. Union 143½. Wien. Unionb. 120. 64er Russ. Pr. A. 127½. 66er Russ. Prior. A. 125. Amerikaner de 1882 91⅜. Disconto 5¼ %. Internationale Bank —. Oesterreich. Staatsbahn —. Hahn —. Fest aber ruhig, Bergwerksactien niedriger.

Hamburg, 19. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, Roggen loco unverändert, beide auf Termine fest. Weizen pr. Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 247 Br., 246 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 246 Br., 245 Gd., pr. September-October 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 243 Br., 242 Gd. Roggen pr. Juni 1000 Kilo netto 176 Br., 174 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 171 Br., 170 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 169½ Br., 168½ Gd., pr. Septbr.-Octbr. 1000 Kilo netto 166 Br., 165 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl matt, loco 34½, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 69. Spiritus fest, pr. Juni 100 Liter 100% 45½, pr. August-September und pr. September-October 47½. Kaffee unverändert; geringer Umsatz. Petroleum matt, Standard white loco 15, 90 Br., 15, 80 Gd., pr. Juni 15, 30 Gd., pr. August-December 16, 40 Gd.

Liverpool, 19. Juni. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 11,000 Ballen, davon 7000 B. amerikanische, 4000 B. ostindische.

Liverpool, 19. Juni, Nachmitt. [Baumwolle.] (Mittagsbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig.

Middl. Orleans 9 3/16, middl. amerikanische 8 15/16, fair Dhollerah 6⅛, midd. fair Dhollerah 5¾, good middl. Dhollerah 4⅞, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 3⅞, fair Broach —, new fair Oomra 6⅝, good fair Oomra 6⅞, fair Madras —, fair Pernam 9¼, fair Smyrna 6¾, fair Egyptian 9½.

Glasgow, 19. Juni. [Roheisen.] Mixed numbers warrants 107 Sh.

Amsterdam, 19. Juni, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. October 360, pr. November 355. Roggen pr. October 203.

Antwerpen, 19. Juni, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen fest, dänischer 36¼. Roggen matt, Odessa 20½, Hafer gefragt. Petersburger 20¼. Gerste fest.

Antwerpen, 19. Juni. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 39 bez. u. Br., pr. Juni 39½ Br., pr. Juli 39½ Br. pr. September 41½ Br., pr. Sept.-Decbr. 42½ bez. u. Br. Weichend.

Bremen, 19. Juni. Petroleum sehr flau, Standard white loco 15 Mark 50 Pf.

Gestern Nachmittag verschied nach jahrelangem Leiden unsere geliebte Schwester, Schwägerin und Tante, die verw. Frau

Friedericke Neumann,
geb. Haber,
in ihrem 72. Lebensjahre.

Breslau, den 20. Juni 1873.

Joseph Haber,
im Namen der Verwandten.

Beerdigung: Heute Nachmittag 5 Uhr. [5556]
Trauerhaus: Goldene Radegasse 20.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.